

Internationale Hygiene-Ausstellung

Dresden 1911.

Dienstag den 12. September

Kassenöffnung 9 Uhr.

Gewöhnliche Eintrittspreise: Von 9—10 Uhr M. 2,—, von 10 Uhr an M. 1,—, von 1/2 Uhr abends an Mk. —50.

Konzerte.

Musikpavillon A (Konzertplatz). Von 4 Uhr nachmittags an:

Kapelle des Freiherrn von Burgk Bergmusikkorps. Direktion: Musikdirektor Schönberg.

Musikpavillon B (Herkules-Allee). Von 4 Uhr nachmittags an:

Kapelle des Königl. Sächs. 1. Train-Bataillons Nr. 12. Direktion: Stabstrompeter Kathe. Bei günstigem Wetter spielt diese Kapelle von 3—4 Uhr nachm. auf **Musikpodium C** (zwischen Hallen: Wohnung und Ansiedlung und Beruf und Technik).

Zoo^{logischer} Garten:

Nur für kurze Zeit!

Von Kairo bis zum Sudan

große Wölferforschung mit mehr als vierzig Eingeborenen: Männer, Weiber und Kinder.

Aegyptische Kunsthändler: Silberschmied, Schuhmacher, Töpfer, Drechsler. Vier Original-Derwische: Syr. Schwertkämpfer, Zauberer, Wahrsager, Musiker. Bauchtänzerinnen Arabisches Cafè. Aegyptische Dorfschule. Sudanesen-Küche und -Bäckerei.

Von 10—12 Uhr und von 8—8½ Uhr ununterbrochen Vorstellungen. Gitter zum Vorplatz abw.: Erwachsene 30 Pf., Kinder 20 Pf. Schulen unter Nährkunst Preisen 10 Pf.

Sozialdem. Verein für den 6. Kreis

Sitzungssitz: Goldschmiedstr. 4, gegenüber dem "Goldenen Löwen".

Sitzungsort: Wedekindstr. 8—11 Uhr und 8—9 Uhr Montags bis 7 Uhr. Telefon: Ernst Leuben Nr. 774.

Gruppe Leuben.

Dienstag den 12. September, abends 8½ Uhr, im Gasthof Leuben **Vorstandssitzung mit Delegierten**. Versammlungsfeier ist am Mittwoch, der Bezirksleiter.

Konsum-Verein Vorwärts

Dresden.

Infolge der hohen

Butterpreise

empfehlen wir
als Ersatz:

Speck, prima geräuchert	Pfd. 90 Pf.
Speckfett	" 90 "
Schmalz, garantiert rein	" 72 "
Margarine, als Ersatz für Molkerobutter	" 80 "
Pflanzenbutter, Marke GEG zum Braten und Backen, 1/2 Tafel	" 90 "
Margarine zum Braten und Backen Pfd.	70 "
Marmelade	28 "
Sirup	{ 1/2 Pfd.-Büchse 15 "
Zuckerhonig	{ 1 " " 30 "
Zuckerhonig	40 "
(Von Sirup und Zuckerhonig werden leere 1-Pfd.-Büchsen mit 10 Pf. leere 1/2-Pfd.-Büchsen mit 5 Pf. zurückgenommen.)	
Zuckerhonig	Emaille-Topf 180 "
	{ Emaille-Kaffeekanne 225 "

Konsumverein Vorwärts, Dresden

E. G. m. b. H.

Unseren geehrten Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß sich unsere 21. Verkaufsstelle ab Dienstag den 12. September 1911 nicht mehr **Böhmischa Straße 27**, sondern

Markgrafenstraße 33

befindet. — Wir bitten unsere geehrten Mitglieder, das uns bisher entgegengebrachte Vertrauen aus dieser bedeutend größeren und der Neuzeit entsprechend eingerichteten Verkaufsstelle zu gewenden.

Der Vorstand.

Gewinnliste des Turn-Vereins Bauckeode.

(Ohne Gewähr.)

9	10	13	27	35	50	54	57	79	84	88	89	117	19	23	28	29	32	37
41	42	47	58	59	63	65	67	74	79	89	93	204	10	12	14	15	21	24
25	30	31	43	48	53	56	65	72	73	74	75	80	81	85	88	89	90	97
11	13	20	21	39	44	59	62	63	71	72	84	90	92	405	6	21	24	26
34	35	39	42	47	49	71	76	79	83	86	91	93	95	96	156	10	11	13
14	15	16	22	24	25	28	30	52	70	72	73	76	77	88	90	93	603	10
18	28	44	48	54	57	58	74	76	81	74	75	85	87	40	44	48	76	76
79	84	89	90	92	94	97	98	99	19	20	23	25	33	46	48	55	61	65
73	74	79	81	83	91	94	95	96	99	900	5	6	10	11	14	15	21	30
49	52	60	71	77	84	92	95	1000	2	9	13	21	27	32	34	38	45	53
55	57	59	65	69	77	80	85	86	1101	23	29	33	38	39	46	53	64	66
74	91	93	95	1206	11	12	13	15	16	21	24	33	36	39	45	50	52	63
65	66	67	71	72	77	78	81	83	85	96	1316	4	9	10	14	16	20	32
26	27	29	34	40	48	52	54	73	74	84	90	95	2421	22	26	32	38	38
45	49	56	58	64	66	70	75	82	85	96	97	98	2505	4	7	11	14	21
47	49	50	52	66	77	80	84	90	97	98	2601	4	7	9	14	16	17	27
46	51	53	62	64	67	74	76	79	86	89	2712	3	20	30	35	37	39	39
42	43	45	47	53	56	59	70	73	82	91	95	2804	7	12	17	24	25	37
48	52	56	61	63	65	66	70	82	92	94	2912	48	49	60	75	80	93	96
300	31	18	19	26	37	44	49	68	70	74	75	83	89	3114	8	25	44	59
52	53	55	56	57	61	62	65	67	78	85	86	91	94	95	3206	8	20	25
26	28	33	40	41	43	47	50	53	54	58	65	66	67	69	70	73	77	90

Varieté Musenhalle

Vorstadt Löbtau — Straßenbahn-Linie 7.

Heute neues Programm.

Das lustige Kleeblatt. Edwart. Lachen ohne Ende!

Manöverliebe. Militär-Humoreske.

Wie der vorsüchtige Solitentitel.

Im Kinematographen: Neue Bilderserie.

Sonntag nachmittag ein Kind mit Eltern frei!

Im Ballsaal I. Et.: Tanz bis 1 Uhr.

Wochenende Vorzugskarten Gültigkeit.

Großer Garten Franke's Garten-Konzert-Etablissement

Morgen Dienstag

Gr. Militär-Konzert

Beginn 6 1/2 Uhr.

Friedrichstadt.

Hierdurch teilen wir unserer verehrten Nachbarschaft allen unseren Bekannten und Freunden mit, daß wir das Restaurant

läufig erworben und übernommen haben.

Es wird stets unter Bestreben sein, unser werten Gästen nur das Beste vom besten zu dienen und ihnen den Aufenthalt in unseren Räumen zu einem angenehmen zu machen.

Indem wir bitten, uns in unserem Unternehmen gütig zu unterstützen und uns mit ihrem Besuch recht zahlreich zu beschäftigen, gelingen in voraussichtlicher Hochachtung

Louis Kempter u. Frau.

Alte Federbetten

Federreinigung, Mallonstr. 12.

Wohn- & Autoportwagen, Netz-

bettdecken, eleg. Kinderwagen,

bild. zu verl. Villenmöbel u. vte.

zu verl. Konkordienstr. 48, Ob. II.

Alte Gebisse

Gold, Silber, Plättchen bes. gut

Ehrlich, Reinlichkeit. 7 I.

Spit. u. Kinderwagen, eleg. Bild.

zu verl. Konkordienstr. 48, Ob. II.

Achtung! Friedrichstadt!

Der geehrten Einwohnerchaft von Dresden erlaubt, zur gesell. Kenntnisnahme, daß wir mit heutigem Tage die

Bäderei und Ronditotei

Schäferstraße 53

täglich übernommen haben.

Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, unsere neuen Annehmlichkeiten mit nur allerbesten Waren zu bedienen.

Frühstückslieferung zu jeder Zeit pünktlich ins Haus.

Sechste Sozialdemokratische Frauenkonferenz.

Zweiter Verhandlungstag.

Zürich, 9. September. (Eig. Ber.)

Es wird in die Diskussion über den Punkt des Geschäftsberichts
Frauenbüro aus

die Beschwerdekommissionen

erreichen.

Genossin Anna: Ohne die Mitwirkung der Arbeiter und Arbeiterinnen müssen die Arbeiterschaftsbeamten wirkungslos bleiben;

Bei der Gewerbeaufsichtsbeamten reicht ja nicht aus, auch

einmal im Jahre sämtliche Betriebe zu besichtigen. Von einer

seitigen, umfassenden Kontrolle über die Durchführung der Bestim-

mungen der Arbeiterschaftsbeschaffung kann also gar nicht die Rede

sein, die im Betrieb der bestimmen erkennt; die Schäden

im Betrieb zu erkennen, es eben nur den dort Beschäftigten

zu seien, die im Betrieb Beschäftigten zu begrenzen. Aber

heute haben die Arbeiterinnen eine Schau, wenn sie von Be-

amtsräumen einer anderen Gewerbeaufsichtsbehörde bestreikt werden, moment-

wenn diese Personen amtliche Eigenschaft haben. Auch sind

Gewerbeaufsichtsbeamten nicht in der Lage, selbst bei eingeschränkten

genügend auf Abhilfe zu bringen. Der wirtschaftliche

Wert für die Arbeiter ist die Organisation, aber leider ist

es von den Arbeiterinnen erst ein sehr geringer Prozentsatz

an Arbeit und deshalb sind gerade in den Betrieben, in denen

Arbeiterinnen beschäftigt sind, die Verhältnisse am

schlechtesten. Die Beschäftigung erkennt einen besonderen

Wert für die Arbeiterinnen als notwendig an und hat für sie be-

reit Schlußbestimmungen erlassen. Um diesen Schau auch in der

Zeit zu präsentieren, sind von uns die Beschwerdefeststellen eingerichtet,

um in die Durchführung der Schlußbestimmungen Aufgabe der

veröffentlichen, aber noch Vorge der Delegierten sollten die Ge-

meinschaften nicht in der Lage, die Delegierten sollen die Be-

werden der Gewerbeaufsichtsbeamten übermitteln, ohne jedoch die

Arbeiterinnen zu nennen, während die in den

früheren Delegierten natürlich mit ihrem Namen

die Richtigkeit der Beschwerden einsehen müssten. Die Tätigkeit

der Gewerbeaufsichtscommissionen ist ganz besonders

wichtig, denn sie findet nicht in der Lage, die Betriebe per-

sonlich zu kontrollieren, und doch müssen wir unseren Stolz daran

haben, daß die Beamten kontrollieren müssen, daß die von den

gewerbeaufsichtsbeamten übermittelten Beschwerden den

Arbeitern entsprechen. Oft kommt es vor, daß die Ar-

beiterinnen sich jahrelang Klagen niedergeschlagen lassen. Kommt dann

die Differenz vor, dann sind sie verängstigt und überstreiten in ihrer

Klärung. Wurde der Beamte auch nur in wenigen Fällen solche

Beschwerden konfrontiert, so ist sein Vertrauen zu der Mittels-

teilung erstaunlich, und im Wiederholungsfall können wir ihn nur

über überzeugen, den Betrieb auf die mitgeteilten Tatsachen hin

zu konzentrieren. — In welcher Weise die Beschwerdefeststellen funktionieren, ist natürlich schwer zu sagen. Bis jetzt haben wir an

10 Orten in Deutschland solche Stellen eingerichtet, deren Tätigkeit

sich nicht nachprüfen lässt. Die meisten Beschwerden kommen aus

dem Durchführung der zentralen Normalarbeitszeitgesetzes

und richten sich gegen Arbeiterinnen, wie sie seine Durchführung verhindern könnten, weil sie von der Durchführung

ermittelten Verdienst für die und im Anfang vielleicht auch

noch. Das ist deplorabel für die ganze Voge der Arbeiterinnen.

Bei dem Ausbau der Gewerbeaufsichtscommissionen werden wir zur

Überprüfung der Arbeiterschaftsbestimmungen beitragen, wir

werden aber damit auch den Organisationsgedanken unter den Arbeiterinnen verbreiten, und das ist

die Hoffnung, denn der wirtschaftliche Arbeiterschutz ist die Organi-

sation der Arbeiterschaft. (Beifall.)

Genossin Simon-Darmstadt: Wir müssen die Beschwerde gegen

den Gewerbeaufsichtsbeamten, wenn man auch mitunter ver-

gessen mag, von uns die Angabe zu verlangen, wer Beschwerde ge-

führt hat. Vielfach wird den Arbeiterinnen von Leitern und

Unternehmern in schändlicher Weise nachgestellt. Ein

solcher Fall, der uns zur Kenntnis kam, führte zur Bestrafung

des Unternehmers mit 500 M. Geldstrafe, außerdem hatte er die

Arbeiter fest zu trogen. Es ist aber notwendig, daß Beschwerden

erfolgen, die Moral unserer schwäbischen Vorarlberger erhoben

werden. So lange die Arbeiterschaft noch in der betreffenden Fabrik

beschäftigt ist, nicht erst später.

Genossin Rose-Grauschauf: Selbst die Vertrauenspersonen

großen Fabriken wagen vielfach nicht, mit ihrem Namen in die

Öffentlichkeit zu treten. Die Arbeiterschaft kann durch

zögerlichkeit der Beschwerden viel helfen.

Den Bericht der Mandatserklärungskommission

Genossin Anna-Düsseldorf: Es sind anwesend 76 Delegierte,

durch die Genossin Bachtel und die Genossin Molkenbucht,

Reinhard und Wengels, das Frauenbüro durch Ge-

nossin Bachtel, ferner ist anwesend als Mediatorin der "Gleichheit"

deutschen Sozialdemokratie Frau Popp-Wien in Vertretung

aller Sozialdemokratien Frauen in Österreich. Wir be-

treten Mandat hier. Sie erklärt, rechtmäßig gewählt zu sein und

Genossin Bachtel verbandet und deshalb eine nochmalige

Abstimmung der Delegierten vorgenommen wurde, hat Genossin

Bachtel ausdrücklich erklärt, die Delegationen abgelehnt.

Die Konferenz nimmt den Antrag der Kommission an.

Die

Diskussion über die Delegabende

Genossin Grüntberg-Nürnberg: Wir dürfen in den Delegabenden

mit dem "Kapital" von Marx und dem Erfurter Programm

langen, damit würden wir die Frauen verärgern, fügt sie zu

Delegabende nicht nur für gesetzte Genossinnen

hören. Genossin Bachtel: Am Gegenseit zur Genossin Grüntberg meine

es gibt gar keine höchstehenden oder niedrig stehenden Themen,

deren Rang nicht eine Gage schwer oder leicht verständlich

ist und leichter oder schwerer Theorie, wohl aber kann sie schwierig und

schwierig behandelt werden. Unsere Delegabende müssen den

Teil unseres Programms zum An-

teilen für den Altkämpfer machen, nur dadurch können wir revolutionäre

Arbeiterinnen für den Altkämpfer machen. Damit werden wir

auch die ungeschulten proletariänen teilen, denn natürlich

Programm anzuhören, sondern wir müssen seinen wesentlichen

Inhalt den Genossinnen nahebringen auf einem Material, das auch

die einfachsten Proletariäten befreit, weil es aus ihren eigenen

Fähigkeiten geföhrt ist. In jeder Stunde ihres Lebens

müssen wir anknüpfen, nicht aber mit abstrakten

Diskussionen anfangen. Dadurch schaffen wir dann eine feste grundlegende Basis für die späteren Arbeitsgenossinnen auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet. Über das Wie des Unterrichts bemerkte ich, daß wir mit dem System der Vorlesungen brechen und einen Unterricht mit Frage und Antwort einrichten müssen. Wenn man durch einen Vortrag die Weisheit sibelweise den Genossinnen über den Kopf schüttet, fühlen sie sich entmutigt und fragen nicht. Wenn aber durch richtiges Denken, Anknüpfen an das tägliche Leben der proletarischen Frauen, die Grundlage entwickelt werden, wird jeder gründliche Satz für sie ein Erleben, ein Finden und Entdecken. In dieser Weise erwecken wir auch dann das höchste Maß der Aufnahmekapazität für den Sozialismus, schulen die Genossinnen und machen sie zu selbstdenkenden, den Sozialismus durchdringenden Persönlichkeiten. (Beifall.) In der Richtung auf dieses Ziel müssen wir alle anderen Kräfte messen. Durch fleißiges Weiterarbeiten werden wir dem Ziel näher kommen, das und Genossin Bachtel so schön geschildert hat. Hätten wir übrigens auf geeignete Vorträge und Leiterinnen gewartet, dann hünden wir heute noch dort, wo wir vor 20 Jahren standen. (Sehr richtig!) Unsere alten Lehrmeister haben uns ihre Lehren fröhlich hinterlassen. Gehen wir alle das beste, was wir haben, und wenn wir auch Schul- und Gesundheit opfern müssen: wir wollen alles tun, damit unsere Lebende noch besseres leisten, als jetzt leben. Ammer vorwärts, sei unsere Lösung. (Beifall.)

Genossin Baader (Schlußwort): Den trefflichen Ausführungen der Genossin Anna über die Beschwerdekommissionen kann ich mich nur völlig anschließen. Neben die vielseitige Diskussion, die an mein Referat über die Delegabende ansetzt, bin ich außerordentlich erfreut. Ich bin immer der Meinung gewesen, die Theorie muß die Praxis und Praxis die Theorie sein. An Grundlage seien. An unserem Ziel müssen wir alle anderen Kräfte messen. Durch fleißiges Weiterarbeiten werden wir dem Ziel näher kommen, das und Genossin Bachtel so schön geschildert hat. Hätten wir übrigens auf geeignete Vorträge und Leiterinnen gewartet, dann hünden wir heute noch dort, wo wir vor 20 Jahren standen. (Sehr richtig!) Unsere alten Lehrmeister haben uns ihre Lehren fröhlich hinterlassen. Gehen wir alle das beste, was wir haben, und wenn wir auch Schul- und Gesundheit opfern müssen: wir wollen alles tun, damit unsere Lebende noch besseres leisten, als jetzt leben. Ammer vorwärts, sei unsere Lösung. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die zu den Berichten gestellten Anträge: Der Antrag Bachtel auf Wiederholung des Krawattenabtes, der Antrag Baumann, auf Veranstaltung von Frauensitzungen anlässlich des Zusammentritts des Reichstages, die Resolutionen von Groß-Berlin zur Mutter- und Kindergesundheitsfürsorge und Krankenversicherungen betreffend, werden einstimmig angenommen. Die Resolution Groß-Berlin betreffend das Strafgesetzbuch wird nach kurzer Begründung durch Genossin Anna-Lindorf, die Groß-Berliner Resolution über Kinder- und Kinderausbildungsschule nach kurzer Begründung durch Genossin Matthes-Berlin, die darauf hinweist, daß nach den Errichtungen des Kindergartenhauses beschäftigt sind, einstimmig angenommen.

Hierauf begründet Genossin Dunder-Stuttgart die hierzu gestellte Resolution der Stuttgarter Genossinnen (vgl. den Bericht über die Freiheitsfahrt): Wir als Sozialdemokraten halten die Arbeit für die Ehre und Aufgabe der Menschen. Wir verlangen deshalb, daß unsere Kinder nicht Erwerbsarbeit leisten, aber daß sie möglichst zeitig mit praktischer Handarbeit, mit den Grundlagen der verschiedenen Techniken bekannt gemacht werden. Im Gegensatz zur kinderwidrigen Erwerbsarbeit fordern wir den obligatorischen Handarbeitsunterricht in allen Schulen. Für Proletarierkinder, die ohnedies schon zeitig im Hause anfangen müssen, braucht der Handarbeitsunterricht nicht, wie ein bekannter Schulfachmann forderte, den Mittelpunkt des gesamten Unterrichts zu bilden. Traurig ist aber, daß es Kinder gibt, die kaum verleben, mit dem einfachsten Werkzeug umzugehen. Der Überschlagung der geistigen Arbeit auf Kosten der körperlichen muß der Handarbeitsunterricht entgegenwirken. Auch in den höheren Schulen ist die Einführung dieses Handarbeitsunterrichts notwendig. Leider ist nicht überall in unseren Schulprogrammen die Forderung mit aufgeführt. Gerade wir Frauen sollten darauf hinweisen, daß wir und positive an der Umgestaltung beteiligen.

Genossin Matthes-Berlin: Der große Augen, daß die Leseebene in Groß-Berlin gebrochen haben, debründet es, daß die Leseebene eine dauernde Erscheinung bleiben müssen. Wir müssen uns allerdings dem Vorschriftenmöglichen der Frauen anpassen, und wenn wir das Erfurter Programm vorführen, dann nicht den theoretischen entwicklungsgeschichtlichen Teil, sondern quer für die Gegnerinssforderungen. Gerade diese sind den Frauen, die wir in den Volkssitzungen gewinnen, außerordentlich leicht zugänglich. Die Frauen verstehen sehr rasch zum Beispiel das Wesen des Militarismus, des Marxismus und der Kolonialpolitik, deren Folgen sie täglich spüren. Unter den 100 Delegabenden, die allmonatlich in Groß-Berlin stattfinden, sind immer viele mit 100 Delegatinnen, die kaum verleben, mit dem einfachsten Werkzeug umzugehen. Der Überschlagung der geistigen Arbeit auf Kosten der körperlichen muß der Handarbeitsunterricht entgegenwirken. Auch in den höheren Schulen ist die Einführung dieses Handarbeitsunterrichts notwendig. Leider ist nicht überall in unseren Schulprogrammen die Forderung mit aufgeführt. Gerade wir Frauen sollten darauf hinweisen, daß wir und positive an der Umgestaltung beteiligen.

Genossin Baumann-Altona: Die Fertigkeit als Grundlage der harmonischen Erziehung" haben wir in den Delegabenden durchgesprochen. Von der Notwendigkeit der Einführung des Handarbeitsunterrichts in den Schulen sind wir wohl alle überzeugt. Man bemüht sich jetzt ja auch schon vielfach darum, aber obligatorisch ist er wohl noch nirgends eingeführt. Bei uns in Hamburg hat ein Privatmann, Leibig, sich ganz besonders um die Einführung dieses Unterrichts verdient gemacht, seine Resultate zeigen, wieviel fünfjährige Kindergäste in den Kindern vorhanden sind und geweckt werden können. Man fordert den Körper hierdurch nicht einseitig, sondern erreicht, wie Leibig mit Recht sagt, eine harmonische Durchbildung des Körpers und des Geistes.

Genossin Bachtel-Bodum: Der letzte Teil des zweiten Teiles der Stuttgarter Resolution, der handfertigkeitsunterricht in den Parteidienst, darüber fordert, daß der Gewerbearbeit von Kindern auch in Parteidienst, vor allem aber beim Ausüben der Parteiwerbung, mit großer Vorliebe und großem Erfolg daran. In jedem Maße kann das aber nur geschehen, wenn die Kinder von der Gewerbearbeit befreit werden. Die obligatorische Einführung dieses Unterrichts, und zwar für beide Geschlechter, würde auch dazu beitragen, die Gewerbearbeit der Kinder einzuschränken, da ja

bei diesen Unterricht Zeit gewonnen werden müßte.

Genossin Dunder-Stuttgart: Mit dem Streichen der Worte "in den Parteidienst" bin ich einverstanden, nicht aber damit, daß wir auch streichen sollen, daß beim Ausüben der Parteiwerbung Kinder von 14 Jahren nicht beschäftigt werden sollen. Die Stuttgarter Genossinnen, welche im Kampf gegen diese Beschäftigung der Kinder stehen, haben mich ausdrücklich damit beauftragt. Aus der Tatsache dieser Verwendung der Kinder kann man ja auch nicht direkt an die Kinder, sondern an die Frauen, und diese lassen ihnen dann die Zeitungen. Im Einzelfall mag es ja kein großes Unglück sein, wenn ein Kind mal in drei oder vier Häuser Zeitungen tragen, wie müssen uns aber hier auf den prinzipiellen Standpunkt stellen. (Sehr richtig!) Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Kinder das Kindergartenhaus die Verwendung von Kindern wenigstens unter 12 Jahren verbieten; aber selbst noch nicht schulpflichtige Kinder kann man Zeitungen ausüben lassen. Sollen wir vielleicht warnen, daß die Polizei dagegen einschreiten?

Die Diskussion ist erledigt. Der Antrag Scheibe auf Streichung des erwähnten Teiles der Resolution wird gegen wenigen Stimmen abgelehnt. Die Stuttgarter Resolution mit der erwähnten Forderung wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Es kommt nun folgender Antrag der Genossinnen Stuttgarts zur Verhandlung:

„Da die proletar

keine Frauenkonferenz gehabt. Ich bin sicher, daß der Vortrag einen solchen Beifluß, wie ihn der Antrag Stuttgart fordert, nicht genehmigen würde. Halten wir lieber neben den Reichsfrauenkonferenzen auch möglichst viele Bezirksfrauenkonferenzen ab, z. B. im Anschluß an Bezirksparteitage oder für mehrere verbundene Bezirke zusammen.

Der Antrag der Stuttgarter Genossinnen wird gegen eine Stimme abgelehnt.
Unter großer Beifall teilt Genossin Bieß mit, daß die „Jenaer Zeitung“ über die Kronenkonferenz berichtet, daß fast alle Teilnehmerinnen in roten Blusen erschienen seien. (Eine einzige der Genossinnen trägt eine rote Bluse.)
Darauf tritt die Mittagspause ein.

Hierauf tritt die Rittingspause ein.

Redaktionssleitung.

Gesammelte Sitzungen: Genossinnen und Genossen! Wiederholst ist betont worden, daß mein Referat gleichsam eine Rangliste zum Kampfe sein sollte, doch diese Frauenkonferenz vor allem die Aufgabe haben sollte, Begeisterung für die Sache der Sozialdemokratie, Empörung gegen die heutige kapitalistische Gesellschaft und Klassenfeindschaft auszulösen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werde ich Sie enttäuschen. Denn ich meine, daß eine Frauenkonferenz es nicht nötig hat, in den Reihen der Proletarierinnen Empörung gegen den Kapitalismus und Begeisterung für den Sozialismus zu erwecken, das hat vielmehr die Tagesarbeit in vollstem Maße zu leisten; die Frau hat unter der Anerkennung und Klassenfraternität so zu leiden, daß die Empörung hervorgerufen und die Begeisterung für eine sozialistische Gesellschaftsordnung uns Frauen schon in reichstem Maße von Natur eigen sind. Es fehlt uns nicht an Gefühl und Begeisterungsfähigkeit, wohl aber an Klarheit, Bestimmtheit und dem richtigen Erfassen der Gesichtspunkte für die Beurteilung des politischen Kampfes. Der bevorstehende Reichstagstreitkampf wird wahrscheinlich ganz erheblich die Ufer eines gewöhnlichen Ringens um Mandate zwischen den bürgerlichen Parteien übersteigen, er wird sich zu einer rießig aufgesetzten Kampfswelle zwischen den bestehenden und ausgebenteten Klassen erheben, die Gegenseite zwischen den politischen Parteien werden verschwinden hinter

Die großen politischen Parteien werden bestimmt durch einen großen Klassengegensatz, der die Gesellschaft auszeichnet in Ausgebauten und Ausbeuter. In Rheinland-Westfalen sehen wir die lutherischgläubigen Reutrumaleute dabei den Wahlbruderkum mit den kulturlärmfreudigen Nationalliberalen zu tauschen. Warum das? Lediglich um die Sozialdemokratie niederzuzwingen. Nicht nur die Nationalliberalen suchen mehr und mehr Anschluß nach rechts, sondern auch der entschiedene Hochritt. Noch eine andere Erscheinung zeigt bedeutsam, was wir zu erwarten haben. Nachdem als je zuvor werden in diesem Wahlkampf die großen wirtschaftlichen Organisationen eingesetzt. Ich erinnere daran, wie die Unternehmer einen großen Korruptionsfonds, einen Zulinsturm für die Wahlen zusammengebracht haben, denken wir auch an die Rolle, die der Zentralverband der Industriellen spielt, und vergessen wir nicht die Entwicklung im Hansabund. Gewiß will er den Kampf gegen die Hochjährlößner führen, gleichzeitig aber auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie, und immer wenn von bürgerlicher Seite ein Kampf nach rechts und links propagiert wird, lebt sich die ganze Wucht des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Wenn wir eine solche Kampfwelle hereinbrechen sehen, bei der wir den Ruf ausstoßen müssen „Feinde ringsum“, so fragen Sie vielleicht, was wird aus dem Kampf gegen den schwarz-blauen Block? Sind wir, die wir unter dem Lebendmittelrucher und der politischen Entzündung leiden, sind wir Frauen nicht in erster Reihe verpflichtet, auf die Herabminderung des schwarz-blauen Blocks hinzuwirken? Selbstverständlich müssen mit alle Kräfte anspannen, auf daß die Sozialdemokratie den Bund der Heiligen und Hitler überwindet. Aber dieser Kampf darf die Kraft der Sozialdemokratie nicht erschöpfen. Haben wir Frauen, die wir eine noch höhere Rednung zu begleichen haben, wie das männliche Proletariat, denn die Hoffnung, daß ein konservativ-liberaler Block uns mehr geben würde? Die Vergangenheit straft solche Hoffnungen Lügen. Wir Frauen sollen eine besondere Anerkennung und eine Art Särtlichkeit für die Früchte der konservativ-liberalen Paarung haben, weil diese Aten und das Reichsbereinigungsgesetz gebracht hat! Wir wissen doch, daß mit dieser Errungenschaft weder der Regierung, noch dem bürgerlichen Liberalismus zu danken haben, sondern unserem eigenen Kampfe. Und vergessen wir auch nicht, daß das Reichsbereinigungsgesetz uns als Proletariatin ganz bedeutende Verschlechterungen gebracht hat; als Mütter hindert es und durch die Verbote gegen die Jugendlichen, als Kämpferinnen der internationalen Sozialdemokratie verwehrt es uns, an den fremdländischen Arbeitern und Arbeitern, die von dem Kapital als Schmuggelflotten ins Land gezogen werden, die notwendige Ausbildungsarbeits zu leisten; dieser elementaren Lebensförderung des Proletariats werden Schranken gezogen durch den sogenannten Sprachenpatentappell, der mit Hilfe des Liberalismus gleichnamig ist.

Liberalismus Gesetz geworden ist.

Die sogenannte Reform des Majestätsbeleidigungsparagraphen hat sich als ein gehässiges Kläffengesetz gegen die Presse und das Versammlungsbüro des lämpenden Proletariats erwiesen. Und wäre die Reichsfinanzreform denn nicht auch heimlich als das schlechteste Kind der liberal-konservativen Paartung in die Erscheinung getreten? Es geschah nur dochhalb nicht, weil Konservative und Benteurum dafür nicht zu haben waren, denn schamlosen Raub an den

icum vorur nur zu haben waren, den schamlosen Raub an den Armen das Feigenblättchen der Gewerkschaften vorzutragen, (Zeit wahl!) Der bürgerliche Liberalismus gerät, je schärfer die Klassegegensätze zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten werden, desto mehr in Widerspruch zu seiner eigener Vergangenheit; er wird um so arbeiterfeindlicher und ist weniger und weniger zu haben für irgendwelche Erleichterung des Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Ausbeutung. Günstigstenfalls haben wir in den Liberalen laue Freunde, wie sich beim preußischen Wahlrechtstreit gezeigt hat. In diesem Kampf, der auch um das gleiche Recht von Mann und Weib geht, haben nicht nur die Monarchisten und das Zentrum sich gegen das politische und kommunale Wahlrecht der Frau gewehrt, sondern auch die Fortschrittliche Volkspartei hat bis heute noch nicht die Anerkennung des gleichen Rechtes für Männer und Frauen in ihr Programm aufgenommen. (Gott! bunt!) Ein betrübslicher Teil des Zusammenbruchs der bürgerlichen Demokratie vollzieht sich nicht nur innerhalb der liberalen Parteien, sondern auch innerhalb des Zentrums, mit dem wir uns ausführlicher beschäftigen müssen, weil wir den Reichstagswahlkampf ausbauen müssen, um in die Kreise der Katholiken und Protestantinnen einzudringen. Der ausschlaggebenden Richtung seiner Politik nach ist das Zentrum heute eine arbeitskapitalistische geohmannsche Partei. Früher einmal gaben ihm die Muzzenen, die Angehörigen der 1848 niedergemachten Kleinbürgertum, einen stark oppositionellen Charakter. Es handelte alle diese Elemente zusammengekehrt, als er le Rundschau zeitige ungeschickt und unbeholfen gegen den Katholizismus schwang. Heute hütet das Zentrum seine Gläubigen von dem

Das Zentrum ergriff mit seiner religiösen Ideologie auch allein breite Massen. Die Massen bedürfen einer Ideologie, ein Endziel muß gegeben sein, um die Massen in einer Partei festzuhalten. Im Zentrum hat sich die rückläufige Erscheinung durchgesetzt, daß im Gegensatz zu allen anderen Parteien nicht die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Klassen bestimmend werden, das Zentrum bleibt eine "Volkspartei" in dem verschwommener Sinne von früher. Man könnte sagen, natürlich mutatis mutandis wenn man die entsprechenden Veränderungen vornimmt), daß im Zentrum der Blod von Bethmann bis — Bebel Wiedlichkeit geworden sei. (Heiterkeit.) Denn im Zentrum sieht man alles von den Großgrundbesitzern und den Schafsmägtern bis zu den ausgebüxteten Schäfchen.

diese Partei ohne große innere Streitungen zusammengehalten werden. Je mehr aber das Zentrum eine großkapitalistische Partei ohne Phrasen zu werden beginnt, um so mehr werden seine demokratischen Elemente unterdrückt. Die Unnatur, alle Klassen in einer Partei zusammenhalten zu wollen, ergibt nur den Triumph des großen Geldsacks und die Unterdrückung der Vertreter der kleinen Leute. Den Beweis dafür gibt uns die Haltung des Zentrums zu den Fragen des Militarismus, Nationalismus, der Kolonialpolitik, der Steuern und Zölle, und insbesondere seine Arbeitfeindlichkeit, die sich erst wieder bei der Reichsversicherungsordnung entfaltet hat.

Wollen wir die Kräfte verstehen, die uns gewingen, beim Reichstagswahlkampf unsere ganze Kraft den bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme entgegenzusehen, so müssen wir aus dem Reiche der Politik hinabtauchen in das Reich des wirtschaftlichen Lebens. Das Deutsche Reich befindet sich in fort schreitender kapitalistischer Entwicklung, die zu immer größerer Fleiß gelangt ist. Die deutsche Rohstoffgewinnung stieg von 8400000 metrischen Tonnen im Jahre 1882 auf fast 12000000 Tonnen im Jahre 1907. Deutschland ist damit an die zweite Stelle unter allen Staaten gerückt, es hat England überflügelt und wird nur noch von den Vereinigten Staaten von Nordamerika übertroffen. Auch der deutsche Handel ist 1907 mit 15% Milliarden Mark der zweitstärkste von allen ausschlaggebenden Staaten der Welt. Diese großartige Entwicklung zeigt die Verschärfung des Klassengegensatzes. Ferner hat Deutschland ausgehört, ein agraristisches Land zu sein, die landwirtschaftliche Bevölkerung ist von 45 Proz. auf 28 Proz. zurück gegangen, die Zahl der in Handel, Verkehr und Industrie Tätigen hat sich auf 58 Proz. erhöht. Die agrarfreundliche Politik der Regierung ist daher ein Verbrechen an der Bevölkerung, und sie kommt nicht einmal der großen Mehrzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute, denn auch hier ist eine spätere Klassenscheidung eingetreten. 1895 betrug die Zahl der selbstständig in der Landwirtschaft Tätigen noch 81 Proz. 1907 nur noch 25 Proz. der landwirtschaftlichen Bevölkerung. In der Industrie zeigt sich hie und da ein gewisser Rückgang, der in die Zukunft hineinreicht.

der Industrie zeigt sich bießelbe Erscheinung, da ist die Zahl der selbstdändig Tätigen von 26 auf 17 Proz. gesunken, im Handel und Verkehr von 36 auf 29 Proz. Diese Zahlen gehen auch und Frauen im höchsten Maße an; hinter ihnen steht die Tatsache, daß die Zahl der Arbeiterinnen wächst, auch die Zahl der Arbeiterfrauen.

Je mehr der Klassengegensatz sich verschärft, um so mehr werden die herrschenden Klassen gezwungen, Arbeit im Auslande zu suchen, nicht etwa, weil die Massen im Ausland alles haben, was ihnen nach dem Maß der kulturellen Entwicklung gebührt, sondern weil sie nicht taufertig sind. Weiter stärkt den Imperialismus der Umstand, daß die Regierenden den nationalen Gegensatz gebrauchen, um die Ausgebeuteten darüber hinwegzutäuschen, daß der Feind im eigenen Lande steht, daß sie von den eigenen Volksgenossen ebenso rücksichtslos ausgebettet werden, wie etwa von ins Land fallenden Franzosen oder Russen. Und noch etwas kommt hinzu. Die Produktivkräfte haben eine Entwicklung genommen, daß sie fortdauernd gegen ihre Fesseln rebellieren und die bestehende Produktionsweise mit ihren Hemmungen zu sprengen drohen, und da erblicken die herrschenden Klassen in den Rüstungen bis zum Weißbluten der Völker ein Mittel, die Produktivkräfte lähm zu legen. Nach Professor Robatsch verschwenden die europäischen Völker 7 Milliarden jährlich für Rüstungen, weitere 6 Milliarden brauchen sie, um die für diese Zwecke aufgenommenen Schulden zu begleichen, und auf weitere 5 Milliarden schätzt er den Ausfall auf folge des Umstandes, daß zu viele junge Leute im kräftigsten Alter zu unproduktiven Begehrern unseres Reichtums werden müssen.

So verhöllständigt der Imperialismus das, was von Zeit zu Zeit die Krisen bewirkt haben, indem er produktive Werte vernichtet. Der Imperialismus erweist sich als die Nettungsplante, an die sich der Kapitalismus anklammert, und der Reichsfanzer von Rehmann Hollweg sprach im Sinne der bürgerlichen Massen aller Nationen, als er den Anteilen auf Abrüstung ein starres Nein entgegensezte.

Diese Entwicklung zum Imperialismus ist gerade für uns proletarische Frauen von großer Bedeutung. Wie müssen gegen eine Politik ankämpfen, welche die Dauer der kapitalistischen Ordnung zu verlängern begreift. Aber auch seine Gegengewichtsfolgen müssen wir bekämpfen: der Imperialismus bedeutet nicht nur eine Politik der Ausdeutung und Erschaffung barbarischer und halbbarbarischer Völker im Ausland, der reaktionären Auslandspolitik entspricht auch eine gleich reaktionäre Inlands-politik. Der Imperialismus schlägt die gepanzerte Faust auch dem heimischen Proletariat ins Gesicht. Wenn aus seiner eroberungstollen Politik ein Weltkrieg entsteht, dann sind es nicht die Söhne der Panzerblattensöldner, der Kanonenlieferanten, der großen Reederei, der Pörsenjobber, der Edelsten und Westen, die ihre Knochen zu Markttatzen, nein, eure Söhne, eure Hatten, eure Väter werden es sein, deren Knochen sich bergauf in den Schreden eines Weltkrieges aushäufen werden. (Lebh. Zustimmung.)

Der Imperialismus stärkt weiter die Macht der Unternehmensorganisationen und erlaubt ihnen auch ihren Einfluss im politischen Leben zu erhöhen, die so dringend notwendige, großzügige soziale Versicherungspolitik hinzuholen. Das zeigte sich bei der Reichsversicherungsdordnung. Diese Entwicklung muß zu immer stärkerer Aufführung der ausgebeuteten Massen wider all die Leiden und Bedrückungen führen. Das wird auch in gesteigerten Kämpfen auf gewerkschaftlichem Gebiete zum Ausdruck kommen. Mit alter Büßigkeit und Macht werden die Unternehmer sich dem Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage entgegensehen.

Hand in Hand mit der Weltmachtspolitik finden wir daher eine Stärkung der Scharfmacherorganisation. Das wirkt auch auf das politische Leben zurück. Denken wir an die Gefahr, daß die Strafprozeßreform genützt wird, um ein Ausnahmerecht gegen die gewerkschaftlich kämpfende Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu schaffen.

Das Streben nach Aufrechterhaltung der imperialistischen Politik wird ergänzt durch den Widerstand gegen die Verordnung gleichen politischen Rechtes. In allen Ländern geht der Imperialismus Hand in Hand mit einer Stärkung des Monarchismus, selbst in England hat sie eine Lebenskraft erhalten, wie sie noch vor 10 Jahren niemand zu träumen gewagt hat. Bei uns, wo dank der schwächeren Haltung des Liberalismus die bürgerliche Freiheit nie zu rechter Wirkung gekommen ist, bedeutet der Imperialismus nichts als eine Verstärkung der persönlichen Regiererei. Ich erinnere Sie an den Feldzug nach China, an den Panthersprung nach Agadir, der geschah, als die Reichstagsabgeordneten wie Schuljungen in die Ferien geschnellt waren. Diese ganze Entwicklung widersteht den Interessen der proletarischen Frauen. Je gedrückter wir sind, um so bedeutsamer ist für uns der wirtschaftliche, politische und kulturelle Aufstieg, und dieser Aufstieg kann nicht ein Almosen sein, um unseren Frieden mit der bürgerlichen Ordnung zu machen, nein, er muß eine Bewegung sein, um unsere Kraft für den Kampf um unser Endziel zu stärken.

um unsern Kampf um das Wahlrecht in Preußen, um die Demokratie der Regierung, indem wir für eine Republik eintraten, sind wir Frauen hervorragend interessiert, denn nur in dem Maße, wie dieser Kampf erfolgreich ist, dürfen wir hoffen, zu freien Bürgerinnen aufzusteigen. Im höchsten Maße sind auch wir Frauen in den Kreislauf der wirtschaftlichen Entwicklung einzbezogen, denn sie ist mit einer Entwicklung der Frauendarbeit verbunden, wie sie noch keine Periode gesehen hat. Es gibt in Deutschland 10½ Millionen erwerbstätiger Frauen, seit 1894 hat sich ihre Anzahl um 4 Millionen, fast um 84 Prozent vermehrt. Die Scheidung zwischen selbstständig Tütingen und Ausgebeuteten hat sich in der Frauengesellschaft noch schärfer vollzogen, wie bei den Männern, auf 100 männliche Erwerbstätige kommen 67 abhängige Arbeiter. Bei den Frauen dagegen mehr als 85. Diese Zahl muss uns in der

Besserstellung unserer ausgebeuteten Geschlechtsgenossinnen. Seine in der Landwirtschaft hat die Erwerbstätigkeit der großen Masse zugemessen.

Gon allen erwerbstätigen Frauen ist fast die Hälfte in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Zahl der erwerbstätigen verheirateten Frauen hat relativ noch stärker zugenommen als die der verwitweten und geschiedenen. Die der ledigen ist in dem Zeitraum von 1905 bis 1907 um 1,8 Millionen gestiegen, aber relativ ist die eine Abnahme von 57 auf 50 Prog. Die verwitweten und geschiedenen haben um 400 000 zugenommen, was eine erhebliche Abnahme von 24 auf 20 Prog. bedeutet. Tie verheirateten Frauen aber, die Mütter, die ins Erwerbsleben getreten waren, haben an Zahl um 1 800 000 zugenommen, relativ in die Prog gestiegen von 17 auf 29 Prog., und das in einer Gesellschaft, in welcher uns lämpfenden Frauen fortgesetzt gepredigt wird, die Frau gehört ins Haus, das Haus ist die Welt der Frau.

Aus den mitgeteilten Zahlen haben wir folgendes schließen können für unseren Kampf bei den nächsten Reichstagswahlen bestimmt Lehren zu ziehen. Wir dürfen die Interessenvertretung der berufstätigen Frauen nicht vernachlässigen, wie allen noch mehr unsere Tätigkeit verdoppeln und vergleichsweise intensiver als bisher unter den Hausfrauen eine politische Agitation entfalten. Die Lebensmittelversorgung, die Versorgung der Säuglings- und Mütterschuhes, besonders von der Vater im Bild der Himmelsmutter und des Himmelskindes mit Elektrisch und kostbaren Stoffen schmückt, aber den Mutter- und Säuglingsschutz verweigerte, ja sich geradezu weigerte, das Erz in Bethlehem zu sichern, gibt uns Handhaben genug. Wenn müssen wir unsere Agitation unter den Landarbeiterinnen rinnen entfalten. Sie werden mir bestimmen, daß die große Bieg die Initiative ergreifen soll zur Abschaffung einer Sozialfür die Agitation unter den Landarbeiterinnen. Ferner müssen wir darauf hinwirken, Eingang in die Kreise der Katholiken zu beitreten zu erhalten.

Hierzu genügt nicht nur die praktische Gegenwartskampf, wir müssen ihnen eine großartige Ideologie, ein Endziel bringen, daß sie begreifen. Wir müssen ihnen klar machen, daß das war die religiöse Ideologie des Christentums, welche leisten sollte, die sozialistische Weltanschauung leiste, daß sie jeden einzelnen von uns zu einer spirituell emporsteigenden Persönlichkeit macht. Wir wollen zum Ausdruck bringen, daß wir entgegen den dunklen Mächten der Gegenwart spirituell aufsteigen, daß an jedem das Goethe'sche Vertrauen bewahrheitet: Wer immer strebend sich bemüht, den Wunden vorzuhören, über den Forderungen politischer Klugheit, die ja im Wahlkampf ihre Rolle spielen, dürfen wir nicht vergessen, daß wir nur dann die größte Kraft in unserer Faust zusammenballen können, wenn in der Lebendigkeit der sozialdemokratische Karteierorganismus in höchster Lebendigkeit ist. Der Reichstagswahlkampf kann nur gewinnen, wenn wir alle Tätigkeitsgebiete des proletarischen Massenkampfes mit intensivster Arbeit bedenken. Je kraftvoller das Leben in der Partei pulsirt, um so mächtiger wird der Schlag, den wir zu führen könnten sind. Deshalb müssen wir die breitesten Massen der Freude mit der Aussöhnung erfüllen, die Zelt des Wahlkampfes mit aller Kraft auszunützen.

Es unverkennbar wichtig der parlamentarische Kampf ist — er allein wird die Entscheidungsschlacht des Proletariats für seine Befreiung, nicht einmal für die Besserung seines Loses in der Gegenwart, entscheiden. Immer mehr müssen sich ihm der politische und gewerkschaftliche Kampf der Massen außerhalb des Parlaments zugesellen und auch zu können wir unsere Schlacht nur Siegreich schlagen, wenn auch die Frauen aufgeklärt und organisiert bewussten Anteil am Kampf nehmen. (Stürmische Zustimmung.) Von der Arbeit nach dieser Richtung hin lassen wir uns nicht abhalten, wenn uns auch gezeigt wird, die Frau gehört ins Haus, sie soll in der Sphäre des häuslichen Lebens wirken. (Heiterkeit.) Wir sind natürlich erinnert worden an die Verherrlichung des häuslichen Lebens, wie die Kaiserinnen durch Paraderitte vor ihren Regimentern sie zu vollbringen pflegten. (Große Heiterkeit.) Wilhelm II. liebt es, für seine guten Ratschläge an die Nation sich auf seine allerhöchstseligen Vorfahren zu berufen und er hat uns das häusliche Wollen der Königin Luise vorgeführt. Ich will nicht antworten, indem ich diesem Bild ein Bild aus der Geschichte der Königin Luise gegenüberstelle. (Geht gut!) Der Junter von der Marwitz hat über das Verhältnis der Königin Luise zu ihrem Sohn geschriften, daß die Königin gelegentlich das Geduldige hatte, sich um politische Angelegenheiten zu kümmern. Der König aber ließ sie doch an, daß sie den Streitstrumpf in die Hand und sagte, das habe Geschäft, das übrige gehe sie nichts an. Sie trock zu Kreuze, gelobte Befreiung und ward in Gnaden angenommen. Wilhelm II. mag glauben, daß wir den Beispiel des Gutreuestrichen folgen werden, umsonst, als die bürgerlichen Frauen in der schwärzlichsten Weise gegen diese Weltat des Gottsgnadtentums protestiert haben. Die bürgerlichen Frauen haben von dem schlechtunterrichteten Kaiser an den besser unterrichtenden Kaiser appelliert. Wir machen das mit, wie kriechen auch nicht zu Kreuze. (Schirmlicher Fall.) In uns ist die gewaltigste Idee lebendig, weil die Umarmung der Not des Lebens mit dem Geist stolzer Erhebung je gezeugt hat. Die gewaltige, die zeitentzündende sozialistische Idee lehrt, daß wir von einer stolzen Rasse sind als Königininnen. Königininnen mögen zu Kreuze kriechen, sozialistische Frauen kriechen nicht zu Kreuze. (Sturm. Beifall.) Wir kämpfen in den Umsturz, für den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft in der Weltzeugung, daß wenn in fernen Reichen die Namen aller Fürsten, auch der allerhöchstseligen Königin Luise längst vergessen sind, doch dann wieder in unseren Werken — mög auch sein einziger von uns genannt werden und jeder einzelne vergessen sein — als die sozialistischen Frauen unsterblich sein werden. Wir werden weiterleben in den Werken, zu dessen Bau wir auch bei den Reichstagswahlen in dem ganzen Staat beitragen wollen. Wir werden weiterleben in den Reichstagswahlen, ebenso wie die sozialistischen langanhaltenden

Auf Antrag der Genossin Bollenberg Leipzig wird einstimmig beschlossen, von einer Diskussion Abstand zu nehmen und die Tätigkeit nicht aufzugeben.

undruck des Steuerats nicht abzufordern.

Es folgt der letzte Punkt:
Die Frauen und die Gemeindepolitik.
Berichterstatterin A. Wehl-Berlin: Wenn auch die Gemeinde heute als Verwaltungsförderer der Klassenherrschaft unterstellt sind, so doch möglichst viel für das Proletariat heranzuzögeln. Daher ist es Pflicht unserer Genossen, überall danach zu streben, möglichst großer Zahl in die Gemeindeverwaltungen einzutreten. Seit 15 Jahren bietet sich den Frauen in der Wohlfahrtspflege der Gemeinden ein weites Tätigkeitsfeld. Darauf ist zunächst die Krankenfürsorge. Ob die Errichtung der Krankenhäuser den modernen wissenschaftlichen Anforderungen entspricht, ob die Versorgung gut ist, davon sind Männer und Frauen gleichermaßen interessiert. Da aber die Männer zumeist Krankenhausmitglieder sind, die Frauen aber nicht, ist für uns die Frage der Kostenabrechnung viel wichtiger. Man fürchtet die Armenunterstützung und gerade die stolzesten Arbeiter hören bis zum letzten Augenblick ihre Frau oder das Kind in das Krankenhaus zu schaffen. (Erläuterung) Umso notwendiger ist hier eine Reform. Fürsorge für Gebäude wird gerade durch die entzündenden Wohnungsvorbedingungen zu einer Notwendigkeit. Die Unterstützung der Gebärenden müssen erhöht werden. Die Betreuungsfürsorge ist es ja doch, daß man den Müttern die Möglichkeit gibt, die Kinder selbst zu pflegen und zu föhren. Die Einführung von Stillprämien in monden Gemeinden gibt diese Möglichkeit noch lange nicht. Viel besser wäre es, wenn die Städte den Bedarf an Kleidungsstücken, Wäsche und dergleichen für ihre Instanzen statt von Privatunternehmern von den jungen Müttern in eigenen Aufzügen herstellen ließen. So daß die Mütter bei langer Arbeitzeit bequem auch für ihr Kind sorgen können. Damit würden die Städte gar kein schlechtes Geschäft machen. Über von unsrezen bürgerlichen Mehrheiten wird so etwas leichter zu bekommen sein, wenn es nicht unsre Gemeindebeamten

Die Bürgern sehr unangenehm, hauptsächlich, weil auf der Gegenseite des Kandidaten, der bekannte liberale Verlagsbuchhändler Höller, aufgestellt war. Und diesen Wahlkreis haben wir nicht nur erobert, sondern wir haben ihn für immer, das kann ich Ihnen versprechen. (Beifall.)

Von unseren 18 thüringischen Wahlkreisen werden wir jedenfalls beim ersten Aufkunft die große Hölle erobern. Und dann bei den Einwohnern (Heiterkeit), da haben ja allerdings nicht wie zu entscheiden, aber da werden die Liberalen Partei bestimmen müssen. Es ist Heiterkeit bei Ihnen entstanden; aber wie liegen denn die Dinge? Nun, wie werden ja beim dritten Punkt der Tagesordnung darauf zu sprechen kommen. Aber, doch das eintrifft, was ich gesagt habe, dafür werden unsere thüringischen Parteigenossen schon sorgen. (Lobhaftes Bravo!)

Nun noch einige Worte zur Tagesordnung. 1905 hatten wir eine außerordentlich wichtige Tagesordnung, anderthalb Tage verwenden wir auf die Präzision, dann legten wir den Grundstein zu unserer jungen Organisation und beschäftigten uns außerdem anderthalb Tage mit dem politischen Maßnahmen. Sie wissen, es hat auch Opfer damals bei uns in Jena gefordert, die Genossen Jünglinge hat sich 3 Monate Gefängnis geholt, und es war nicht möglich, sie davon zu befreien. Obwohl sie die Strafe abgebuht hat, gebe sie jetzt sie nicht! (Heiterkeit.)

Es wird nun allgemein behauptet, die Tagesordnung sei diesmal nicht so bedeutend, aber ich glaube, wir werden alle Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, so erledigen, daß die deutsche Arbeiterschaft und auch die außerdeutsche mit unserer Arbeit zufrieden sein werden. Wir werden die Marschroute angeben, und dann werden die Arbeiter mit fliegenden Fäden als eine siegreiche Phalange in die herliche Zukunft marschieren. (Beifall.)

Das Wort ergreift hierauf

Bebel (mit lobhaftem Beifall und Hochrufen begrüßt): Verschreibt Versammlung! Es ist das erstmal in der neuen Geschichte der Partei, daß wir an ein und demselben Orte zweimal den Parteitag abhalten. Der vorliegende Tag hat dem Parteivorstand die Vollmacht erteilt, über die Wahl des Ortes zu entscheiden. Da haben wir uns gesetzt: besser und angenehmer ist Jena, kann es nirgends sein. (Sehr richtig!) Es hat uns vor sechs Jahren in diesen prächtigen Saal wochenlang sehr gefallen und alle waren einig, daß wir niemals einen schöneren Saal gehabt haben. (Sehr richtig!)

Leider den Mann, dem die Jenaer und insbesondere die Jenaer Arbeiter es zu danken haben, daß dieses Haus gebaut wurde, haben wir uns auch schon vor sechs Jahren gewünscht. Ich selbst konnte mir Schriftung hinsetzen, das Abge. sehr nahe geladen, und ich glaube wohl sagen zu können: einen menschenfreundlicheren, wohlwollenderen und auf der anderen Seite geschickteren Menschen habe ich niemals kennen gelernt. (Befürwortung.) Der Mann hat Großes geschafft, er hat die sehr bedeutenden Mittel seines Geschäfts, die sonst unter Aktionen und Teilhabern verteilt werden, selbstverständlich unter Befürwortung aller Beteiligten, dazu verwendet, ungemein Großes und Schönes zu schaffen. Er hat nach jeder Richtung hin gezeigt, daß ein ganzer Mann war und sein Grundprinzip war: will man ein echter Demokrat sein, dann muß man soziale Empfindungen haben und überall mit der Tat vorangehen. (Lobhaftes Bravo!)

Wir haben in der Eröffnungsrede vor sechs Jahren begeistert, die durch ein eigenartiges Zusammentreffen teilweise auch heute wieder im Vordergrunde des Interesses stehen. In erster Linie war es die Marokkocrise. Im Jahre 1905 hatte besonders der deutsche Kaiser seine Reise nach Tanger unternommen und dort eine Rede gehalten, in der er für den Sultan von Marokko, den damaligen, eintrat. Kaiserliche Reden sind schon oft Gegenstand von Erörterungen geworden und wir haben es erlebt, daß das, was damals vom Kaiser in Aussicht gestellt wurde, sich im Laufe der nächsten Jahre in leere Luft aufgelöst hat. Das Jahr 1906 brachte die Algeciras-Krise. Über die Vereinbarungen, die Deutschland und Frankreich 1909 beigelegt Marokko getroffen haben, stehen in sehr wesentlichen Punkten mit der Algeciras-Krise in Übereinstimmung. (Sehr richtig!) Aber keiner der Beteiligten möchte sich daran. Die Marokkowirren sind weitergezogen und haben zu verschiedenen Seiten Europa in Aufregung versetzt. Am heftigsten in diesem Sommer, als das deutsche Schiff Panther in Algier landete. (Sehr wahr!) Es ist selbstverständlich, daß eine solche Frage auch von den Vertretern der deutschen Arbeiterschaft behandelt werden muß und daß der Parteitag dazu Stellung nimmt (Lobhaftes Zustimmung). Eine andere Frage, die ich damals im Namen des Parteivorstandes erörterte, betraf die russische Revolution. Leider hat nun mein Pessimismus von damals Recht behalten. Es ist zwar nicht richtig, wenn behauptet wird, die russische Revolution sei spurlos und ohne Erfolg verlaufen. Kein Zweifel, so traurig und entseiglich die Zustände in Russland heute sein mögen, das Land ist ein anderes als vor 1905. Wie sehen in Russland eine Volksvertretung und in derselben sogar eine Reihe von Arbeitervertretern, von Sozialdemokraten. Allerdings, das Judentum bietet alles an, um die revolutionären Elemente niederzuhalten. Mit der ganzen Partei, der ganzen Staatsform und Röheit, deren es von jeher fähig war, kämpft es gegen die ungehörigen politisch verdächtigen Parteien. Lautende, schneidende sind aufs Schafott geschleppt worden, hunderttausende in Verbannung und Gefängnis gesandt. Aber trotzdem wird die revolutionäre Bewegung in Russland fortgesetzte machen, sie bekommt vielleicht Hilfe von einer Seite, an die heute noch kein Mensch denkt, oder richtiger gesagt, kein Mensch zu denken wagt. (Sehr gut!)

Wir haben auf diesem Parteitag eine Reihe wichtiger Fragen zu beantworten. Die Tagesordnung steht an Bedeutung nicht hinter der von 1905 zurück. (Sehr wahr!) Mit dem Bericht, den die Marokkocrise, speziell durch das Eingreifen Englands, genommen hat, hat die ganze europäische Situation ein anderes Gesicht bekommen. Mit einem Schlag ist eine ganze Reihe von Gedanken und Besprechungen, die noch vor einigen Monaten auch uns als Partei im Reichstag beschäftigten, sozusagen weggeschlagen worden. Die Frage der Wirtschaft, und was damit zusammenhängt, wird uns künftig nicht mehr trennen. Die ist besiegelt. Nicht Wirtschaft heißt künftig in Europa die Ruhm, sondern Wirtschaft zu Wasser und zu Lande, und wir gehen einem Zustand entgegen, der meiner Überzeugung nach nur noch mit einer großen Katastrophe enden kann und muß. (Bewegung.)

Die Antwort auf die Vorgänge in England war dann die Kaiserrede in Hamburg, in der er sagte, er glaube, die Hamburger seien einig darin, daß die deutschen Seeräuber weitergeführt werden müssten. Die Hamburger Bourgeoisie war die allerletzte in Deutschland, die für die große Flottendeklaration begeistert ist. (Sehr richtig!) Wer die Stimmlösung in den neuzeitlichen Jahren und zu Anfang dieses Jahrhunderts in Hamburg studiert hat, der hat dort nichts von Revolution gern, weil sich dort die Exporteure und Bankiers sagen, wenn es zum Treffen kommt, haben wir die ersten Kosten zu tragen. (Sehr wahr!)

Doch wie eine neue Flottendeklaration bekommen, steht für mich unweichhaft fest. Parteigenossen, erinnert euch, daß ich im Februar 1899, nachdem im Herbst des Vorjahrens die erste große Flottendeklaration angenommen war, im Reichstag den Staatssekretär v. Bismarck aufforderte, zu antworten, ob es wahr sei, daß eine neue große Flottendeklaration in Aussicht stehe. Bismarck schwieg, und er schwieg auch auf meine Intervention. Endlich wurde er in der Budgetkommission vom Zentrum zur Rede gestellt und da erklärte er, daß er gar nicht darauf denke. — Und sieben Monate später war sie da! (Bewegung und Zustimmung.)

Und als bei den letzten allgemeinen Wahlen es für jeden, der denken kann, sicher war, daß dem neuen Hollensteins-Reichstag gewaltige Steuervorlagen vorgelegt werden würden, da hatte die offizielle Norddeutsche Allgemeine Zeitung drei Tage vor der Wahl, als keiner mehr antworten konnte, die Stirn, zu erklären, die verbündeten Regierungen hätten gar nicht an eine Steuervorlage. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Die offiziellen Blätter können leicht etwas ableugnen, dafür geben sie aber auch gerade über die wichtigsten Angelegenheiten keine Ausklärung. (Sehr gut!) Auch jetzt wird man wieder ableugnen trotz aller Flottendeklaration. Und doch, so sicher wie jemals zuvor dies ist, kommt die Vorlage. Zugleich aber auch

kommen wieder neue Steuervorlagen. (Sehr wahr!) Denn trotz der 450 Millionen neuer Steuern reichen die Mittel wieder nicht, um die nächsten Wiederholungen zu bedenken.

In dieser Situation zum haben wir die ungeheure Preissteigerung (Sehr richtig!) und wahrscheinlich werden viele Kreise unserer armen Bevölkerung im nächsten Winter eine Art Hungersnot machen müssen. (Hört, hört!) Die Preissteigerung wird immer mehr und mehr machen. Schon heute sind viele Millionen Deutschen nicht mehr imstande, sich ausreichend zu ernähren. (Zustimmung.) Und wenn nun die neue Frage gestellt wird, wo sollen die neuen Steuern herkommen werden, dann wird allerdings die Partei — und dafür haben Sie bei den Reichstagswahlen zu sorgen — energisch zu erklären haben: mit ihnen einmal die Reichen in den Bevölkerungszonen, die Herausgabe der Höhe die Einfuhr fremdes Fleisches und Vieches, die Ausdehnung der Einschubsehne, die Befreiung der Buttermittelpreise behandeln. In dem Augenblick aber, wo es uns, unterstützt von der ungeheuren Masse des Volkes, gelingt, eine oder die andere dieserforderungen durchzusetzen, hat das Reich ein eindrückliches Gefühl, was doch auch auf den indirekten Steuern und Lebensmittelzonen aufgebaut ist. (Lobhaftes Sehr richtig!) Und dann muß das Reich an diejenigen Massen heran, die Steuern noch aufbringen können. Ist aber einmal die Bourgeoisie zur direkten Besteuerung herangezogen, ja dann schweigen alle Höfen, dann hört der Patriotismus auf. (Heiterkeit.) Als Nächstes sein neues Steuerprogramm mit den Einkommen, Vermögens- und Erbschaftsteuer vorliegt, da leuchtet sofort die ödmilchige Zeitung, daß es einmal Zeit werde, die monarchischen Überzeugungen zu revidieren. (Hört, hört! und Heiterkeit!) Soviel ging man genau wie man auch jetzt in der Opposition gegen die Kaiserliche Politik zum alleräußersten bereit ist. Ich meine, wir haben ein ganzes Mal von Aufgaben, das erledigt werden muß, und zwar unter allen Umständen erledigt werden muß. Auch an diesem Punkt für die Situation fehlt es nicht. Es ist doch charakteristisch, daß die englischen Arbeiter, die solange Scheindaten sich gefügt und geduldet hatten und von Stells kaum noch etwas wissen wollten, in diesem Sommer die große Arbeitslosigkeit machten, die ganz England in den tiefsten Tiefen aufgerichtet hat. Das sind jedoch der Zeit, die gelten, wohin der Wind weht, und das ähnlich in anderen Staaten auch vorkommen kann, wenn sie stark gespannt, mit der Verschärfung des Strafgesetzes — auch ein Punkt, über den wir noch zu reden haben werden. Ja, wir haben ja in den 40 bis 50 Jahren, in denen die Sozialdemokratie existiert, schon manches ausgehalten, und in letzter Instanz hat es uns immer genugt. Die Einzelnen sind geschädigt worden, viele sind grundlos gerichtet, und viele sind schuldig ins Grab gefunden, aber die Bewegung ist immer vorwärts gegangen, die hat nie die Macht der Welt aufhalten können, möchte man was immer für Mittel anwenden. Und so wird es auch jetzt kommen. (Sehr richtig!)

Ruht noch ein Wort zu dem, was der Vorredner gesagt hat. Ich meine, in den letzten Wochen sei eine gewisse Unzufriedenheit bemerkbar geworden. Jedesmal Parteigenossen, ein Teil von euch ist mit seiner Regierung unzufrieden und findet, daß sie nicht richtig das gemacht hat, was sie soll, und meint, daß man die ein Heuer hinterziehen und sie vorwärts schieben muß. Ja, wir vom Parteivorstand haben ja auch alles gesehen, und sind sehr gespannt darauf, was herauszufinden wird. Wir werden uns auch unserer Haut wehren, darüber besteht kein Zweifel. Aber wenn wollen wir zugestehen, daß es ein gutes Zeichen von Leidenschaft ist, wenn man sich rächt, und nicht mit allem einverstanden ist. Das geht nicht, daß man die Dinge immer so zieht. Es kommt ja auch vor, daß eine Regierung manchmal zu verkehrt wird, das geschieht nicht doch bei der Sozialdemokratie (Heiterkeit), andernfalls wohl noch häufiger. Im großen und ganzen aber waren Sie ja mit uns zufrieden. Sie haben ja immer wieder gewählt. Aber lassen wir es aus die Probe ankommen, schließlich macht Verbesserungsvorschläge — wenn es wirklich Verbesserungen gibt, werden wir sie gern annehmen. Das wäre eine schlechte Parteileitung, die meinte, man müsse immer nur am alten festhalten. Dagegen sind wir eine demokratische Partei, damit wir uns aussprechen, und damit dann die Weisheit entscheidet, und wenn entschieden ist, haben wir so wie früher zusammengearbeitet haben, zusammen weiter zu arbeiten. Wenn großen Kämpfen geben wir entgegen, darüber wollen wir uns nicht täuschen. Dem Leiter möchte ich sagen: "Wir nicht so optimistisch." (Heiterkeit) Das ist ein tatsächlicher Fehler, schon mancher General hat gesagt, der Sieg schon in der Tasche zu haben, und durch seine Vertrauensfertigkeit hat er ganz gehörige Überraschungen bekommen.

Aber, lächelt, gearbeitet, dann zusammengeschlossen, auf zum Kampf, auf zum Sieg! (Klause, anhaltender Beifall.)

Bebel betrifft nochmals die Tabelle und erklärt: Ich glaube schon mit meiner schönen Rede ist alles erledigt. (Heiterkeit.) Wir müssen uns noch konstituieren, nachdem der Parteitag eröffnet ist.

Auf Vorschlag von Großer Riedorff werden die Genossen Beyer und Bebel zu Vorsitzenden, auf Vorschlag von Philipp Lenzig zu Schriftführern gewählt: Schmidt München, Bittner Berlin, Schleifer Leipzig, Stubbe Hamburg, Sibode Brandenburg, Bischoff Altona, Doemitz Hannover, Heldemann-Dangenfelau und Linchen Baumann-Hamburg.

Vorsitzender Bebel: Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle noch unseres Singers zu danken. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Unsere Freude wird heute so tiefer sein, da wir Ihnen nicht mehr an dem allgewohnten Platze finden, von wo er die Geschäfte des Parteitages meisterhaft leitete. Von allen Parteitagen seit dem Hause des Sozialistengesetzes sind nur zwei, deren Vorstand er wegen Krankheit nicht führen konnte, auszunehmen. Er war ein Präsident, der sich mit ganzem Herzen bei der Sache war, aber auch während seiner Krankheit hat er stets Kritik und Anerkennung an den Verhandlungen gehabt. Wie danken Ihnen über Gott hinaus noch für alles, was er in selbstloser, hingebender Weise für die Partei geleistet hat.

Unter Genossen Gerlich ist endlich nach schwerer Krankheit wieder imstande, in den nächsten Tagen sein Amt im Parteivorstand auszuführen. (Beifall.)

Die Mandatseröffnungskommission wird auf Vorschlag des Genossen Bautenberg folgendermaßen zusammengestellt: Petermann München, Landsberg-Mainburg, Schröder Hannover, Böltz Kiel, Andel-Göttingen, Böhler-Niedernörten, Ludwigshafen, Frau Matthes Berlin und Paul Hoffmann-Hamburg; die Befreiungskommission auf Vorschlag des Genossen Schmidt München folgendermaßen: Rauch Hildesheim, Hoffmann-Eberfeld, Minnert München, Großer Riedorff, Schauburg-Hamburg, Kassel-Leipzig, Bartsch-Altona, Frau Blaue-Mannheim und Hufmann-Böhm.

Der Parteitag nimmt die Geschäftsführung abgetreten an. Zur Tagesordnung liegt der Antrag Bely-Welhensels vor, Bebels Referat über die Reichstagswahlen an den parlamentarischen Bericht anzuschließen. Der Parteitag überträgt dies dem Bureau.

Zu den Anträgen von Preßlau, Teitow-Beeskow, Stuttgart und Bremen ergreift das Wort:

Bebel: Es ist unmöglich, hier zu verlangen, daß über die gesamte ausländische Politik Deutschlands auf dem Parteitag referiert werde. (Zustimmung.) Das ist ein zu schweres Stoff Arbeit. Schon vor Wochen hat der Parteivorstand bei verschiedenen Genossen angefragt, ob sie ein Referat über die Marokkocrise und was damit zusammenhängt, zu halten bereit sind. Es war aber niemand dazu bereit. Da habe ich mich bereit erklärt, bei meinem Referat auch die Marokkocrise mit zu behandeln. Wenn aber hier jemand ist, der ein Referat über die Marokkocrise übernehmen will, dann verzögere ich mit Vergnügen darauf, selbst darüber zu sprechen. Wenn nicht, dann muß ich wohl oder übel in meinem Referat die Frage behandeln. (Beifall.) Darauf werden diese Anträge zurückspringen.

Die Anträge 2 Schwarzburg-Sondershausen, die Wahlrecht-

frage auf die Tagesordnung zu legen, ferner 3 Berlin IV, 4 Bremen, Jugendbewegung, auf die Tagesordnung zu legen, der Impfstrafe wird mit dem Gemeindeamt zurückgestoßen, die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 8 Essen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 9 Essen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 10 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 11 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 12 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 13 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 14 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 15 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 16 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 17 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 18 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 19 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 20 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 21 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 22 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 23 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 24 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 25 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 26 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 27 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 28 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 29 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 30 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 31 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 32 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 33 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 34 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 35 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 36 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 37 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 38 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 39 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 40 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 41 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 42 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 43 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 44 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 45 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 46 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 47 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 48 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 49 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 50 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 51 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 52 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 53 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 54 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 55 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 56 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 57 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 58 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 59 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 60 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 61 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 62 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 63 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 64 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 65 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 66 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 67 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 68 Bremen, betreffend die Tagesordnung zu legen: Der preußische Wahlrechtsantrag, der nicht genügend unterschrieben, Antrag 69 B

Gerien mit dieser Angelegenheit beschäftigen." — Das kann recht interessant werden!

Aus den Bezirksausschüssen.

In geheimer Sitzung hat der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Dresden-Amtstadt die Koncessionsgesuche des Kammergerichtsräters in Töhlen um Übertragung der Kantineconzession für die Ziegelei auf Frau Stoschek, der Altgemeinde Alte und Konzession zum Kantenbetrieb in Heid (Altgolfskreis Götzenau) durch Frau Nägele, der Firma Greiner u. Co. in Teubnitz um Übertragung der Kantinekonzession auf die Lipperth'schen Chelente und des Restaurateurs Ahrens um Übertragung der Konzession für die Albrechtshöhe in Leutritz genehmigt. Das Gesuch Heynes in Moditz (Altmönigische Landgemeinde) wurde abgelehnt, während bezüglich des Gesuchs der verehel. Binder in Briesnitz (Erweiterung der Landgemeinde) die Entscheidung ausgesetzt wurde. Ferner wurden ein Gesuch der Frau Weinrich in Dobritz und Erlaubnis zum Betriebe der Stellervermittlung abgelehnt, und mehrere Petitionen in Gemeindesieverträgen erledigt.

Achtung! Postkarte!

Anfang Oktober wird die Lokalliste neu erscheinen. Die Parteigenossen werden erachtet, alle Veränderungen bis spätestens 1. Oktober an Ernst Karte, Andolsfer, 25, zu melden.

Hygienische Ausstellung. Im ungarischen Pavillon werden von heute an bis Sonnabend den 16. September sachkundige Führungen durch Herrn Dr. med. v. Liebermann veranstaltet.

Am gestrigen Sonntag besuchten 59 288 Personen die Ausstellung.

Über das neue Dresdner Rathaus wird uns geschrieben: Vom "Offiziellen Rüptert durch die Internationale Hygiene-Ausstellung 1911" ist eine Abteilung beigegeben, die die Dresdner über die Schenkwürdigkeiten und insbesondere über die künstlerischen Neubauten orientiert. Über das neue Dresdner Rathaus ist darin gesagt, daß es nach den Plänen und unter der Leitung des Stadtbaurats Bräuer in Dresden erbaut sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß dieser Bau unter Zugrundelegung des preisgekrönten Wettbewerbsentwurfes von Architekt Karl Roth aus gemeinsamer Arbeit zwischen Roth und dem Stadtbaurat Bräuer hervorgegangen ist, und daß Roth die künstlerische Leitung ausführlich führte, Bräuer aber die technische in den Händen hatte.

Unter heftigen Vergistungsscheinungen erkrankten am Freitag die drei Kinder des zurzeit stellungsfreien Kindarbeiter Hertel im Hause Rosenstraße 96. Das jüngste der Kinder erlag der Vergiftung, während die 4 und 5 Jahre alten Goldwitzer im Unfallwagen nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht wurden. Dort war ihr Zustand am Sonntag nachmittag leidlich. Der Leichnam des drei Jahre alten Kindes wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft mit Beifall belegt und nach dem Sektionenzimmer des Landgerichts gebracht. Wie verlautet, haben die Kinder am Freitag auf der Straße von einer unbekannten Frau Schokolade erhalten und sind nach deren Genuss heftig an Erbrechen und Benommenheit erkrankt.

Unfälle. Am Sonntag vormittag geriet auf der Chemnitzer Straße ein Mann unter einen Straßenbahnenwagen und wurde anscheinend schwer verletzt. Man brachte ihn in die Kinderheilanstalt. — Beim Abpringen von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnenwagen kam am Sonnabend abend der Marktelscher Heinrich Wehder auf der Königsbrüder Straße schwer zu Fall. Er vermochte sich nicht wieder zu erheben. Es wurde eine erhebliche Kopfverletzung und ein Rippenbruch festgestellt. — Von einem Automobil überfahren wurde an der Ecke der Großenhainer und Trachenberger Straße ein etwa 11-jähriger Knabe. Er erlitt eine stark blutende Wunde am Hinterkopf. An jener Stelle soll die Straße mangelhaft beleuchtet sein.

Arbeiterrisiko. Als ein Schmiedegefelle in einer Schmiedewerkstatt der Bildruther Stahl ein Stück Eisen anstieß, schnitt dieses so heftig an seinen rechten Arm, daß die Pulsader verlegt wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte im Unfallauto nach dem Friedrichstädter Krankenhaus befördert.

Vermischte Nachrichten. Ein Taschendieb hat im Gebränge drei Damen Geldbörse mit 30, 40 und 60 M. gestohlen. Erwähnt hat man ihm nicht. — Erhängt aufgefunden wurde am 7. d. M. auf Somsdorfer Flur der 15jährige Maschinenbauerlehrling Arthur Hans Macha aus Dresden. — Durch die Post wurde der Expedient der Dr. R. R. ein Justrat, unterzeichnet vom Direktorium des Spar- und Kreisvereins Nadeburg und dem Direktor Arthur Lehmann, zur Veröffentlichung übergeben, worin dem Publikum mitgeteilt wurde, daß nach einem Generalversammlungsbeschuß der Spar- und Kreisverein ausgelöst und die Spareinlagen innerhalb acht Tagen zurückgezahlt würden. Gleichzeitig wurden die Kaffeegetränke zum Verkauf angeboten. Es stellt sich heraus, daß die ganze Sache auf Unwahrheit beruht und daß die Unterschriften des Direktoriums und des Direktors gefälscht sind. Die Gesellschaft besteht seit fünfzig Jahren und der Name, der infolge dieser Fälschung auf die Kasse statland, war gänzlich unberechtigt. Die Staatsanwaltschaft hat sich der Sache angenommen und das Direktorium glaubt dem Täter auf der Spur zu sein.

4. Kreis. Genossinnen der inneren Neustadt, Dienstag, den 12. September, abends 9 Uhr, Diskussionsabend im Restaurant Wiesel, Schönbrunnstr. 1. Da sehr wichtige Punkte erledigt werden, ist es Pflicht der Genossinnen, zu erscheinen. Auch die Genossen, die in Frauenkommissionen vertreten sind, sollen erscheinen.

Kinderchukkocommission des 5. Kreises. Mittwoch den 18. September findet ein Ausflug nach dem Gambrinus, Löbtauer Straße statt. Die Johannistädter sammeln sich 2 Uhr auf dem Sachsenplatz und die Altstädtler 2½ Uhr auf dem Schillerplatz. Die Kinder, die nochmittags die Schule besuchen, sollen auch noch kommen, müssen aber bis spätestens um 6 Uhr im Gambrinus sein.

Die Kommission des Bezirks Löbtau veranstaltet morgen, Dienstag, einen Ausflug. Treffpunkt in Löbau 2 Uhr am Blauau Platz; in Plauen 1½ Uhr an der Güterloher Straße, Ecke Ringstraße. Proviant und 10 Pf. sind mitzubringen. Die Mütter sind willkommen.

Die Kommission des Bezirks Löbtau veranstaltet Mittwoch den 13. September einen Ausflug nach der Heide. Proviant, Getränk und Brückengeld sind mitzubringen. Treffpunkt 2½ Uhr Schillerplatz. Mütter sind willkommen.

Aus der Umgebung.

Laubegatt. Wahlrechtsverschlechterung.

Wie uns gemeldet wird, beabsichtigt der hiesige Ortsverein, in der Gemeinderatssitzung heute Montag abend einen Antrag auf Verschlechterung des Ortswahlrechts einzubringen.

Gittersee. Die Kinderkommission des 7. Bezirks veranstaltet Mittwoch den 18. September einen Kinderausflug. Abmarsch der Kinder von Gittersee, Görlitz, Burg und Süßwasser nachmittags 2 Uhr von der Achboldschule. Abmarsch vom Gasthof Raundorf 2½ Uhr. Die Kinder haben 10 Pf. mitzubringen. Kinder unter 6 Jahren nur in Begleitung erwachsender.

Pitsch. Wegen des täglichen Rückgangs des fließenden Wassers und der Brunnenleistungen und jetzt vom Kommando des 12. Armeekorps, das in der liegenden Gegend darüber abhält, von jedem Regiment zwei Offiziere beauftragt worden, in allen Ortschaften, welche im Raum derer liegen, die Wasserbehältnisse zu erkennen und darüber Bericht zu erstatten. Die Ergebnisse dieser Feststellungen werden die Unterlagen bilden, ob die Wortsmandate unter diesen Umständen überhaupt abgehalten werden können.

Tharandt. Der hiesige Gerichtsvollzieher Döring stürzte auf dem Heimweg von Hainsberg mit dem Rad und verletzte sich an der einen Hand und an den Beinen so erheblich, daß ein Wagen zu seiner Weiterführung nach Tharandt nötig war.

Schmiedeberg. Das Eisenbahnmagazin, das diesen Sommer sich hier ereignete, war jetzt Gegenstand einer Verhandlung vor dem Freiberger Landgericht. Der Eisenbahngeselle Max Otto Büttner und der Hilfswärter Oskar Eduard Walter aus Schmiedeberg hatten sich wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports und wegen Körperverletzung zu verantworten. Es wird ihnen zur Last gelegt, am 10. Juli durch Fahrlässigkeit das Entlaufen eines mit Holzstoff beladenen Wagens verhindert zu haben. Büttner hatte mit dem eingeklagten Walter ausgemacht, den von Lipsdorf kommenden Güterzug von unten zu tangieren. Walter öffnete hierzu das für gewöhnlich gesperrte Gleis. Währenddessen beklagte Büttner, daß er von oben rangieren müsse, weil er sich die Gleise von unten verpert hätte. Beim Angeln erhielt nun der Wagen mit Holzstoff einen Stoß. Er war weder gebremst noch mit den übrigen Wagen verboppelt. Zwischen Raundorf und Oberfarsdorf rannte der Wagen auf den von Hainsberg kommenden Personenzug. Der Lokomotivführer hatte den herannahenden Wagen bereits bemerkt und den Zug zum Stehen gebracht. Durch den Anprall wurde ein Materialschaden von 3000 M. verursacht. Der Lokomotivführer, der Heizer und der Briefträger erhielten zum Teil erhebliche Verletzungen. Büttner schob die Schuld auf den Mitangestellten Walter, der ohne Recht das Gleis freiemachte habe. Walter erklärt, daß, wenn er das Gleis erst freimache, wenn der Zug schon da sei, das Jugpersonal höhniße Bemerkungen mache. Deshalb habe er immer vorher das Gleis freiemacht. Das Gericht verurteilte Büttner und Walter zu je 50 M. Strafe ev. 5 Tagen Gefängnis.

Die Bestraften dürfen Opfer der unhaltbaren Zustände sein, wie sie damals auf dem Schmiedeberger Bahnhof herrschten und die wir wiederholt kritisierten.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Nebstahl. Der 88jährige Tiefbauarbeiter Heinrich Blanke arbeitete im Juni dieses Jahres bei einem Straßenbau in Bischleben. Sein Tag hatte er nichts zum Frühstück, aber auch kein Geld. Im Winde einer Baubude hatte er schon wochenlang eine eiserne Steinramme, 3-4 Meter schwer, liegen sehen. Da fuhren die beiden Arbeiter Kreisink und Baier mit ihrem Handwagen vorüber, worauf sie Lumpen hatten, die sie in den Häusern aufzusuchen. R. rief sie und bot ihnen die Räume zum Verlauf an. Die beiden waren einverstanden und alle drei luden das Objekt auf den Handwagen. W. erhielt 1 M. dafür, daß er beiden den Rat, sie sollten das Ding nicht gerade in das Schaukasten stellen. R. und B. fuhren zum nächsten Alteintendanten und verkaufen die Ramme für 8,75 M. Alle drei sind gesündigt, bei R. und B. kommt Rücksichtnahme in Betracht, sie werden zu 5 begte. zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, während W. mit 1 Woche wegkommt.

Wegen Konkurrenzvergehen hatte sich der 44-jährige Weinbäcker Paul Otto Bräuer von hier zu verantworten. Über sein Vermögen resp. Geschäft war im November 1910 der Abschluß eröffnet. Nach der Anklage hat R. die Bücher nicht richtig geführt, seine Blanken gezogen und zuviel Aufwand gemacht. Seit 1900 war R. Besitzer der hiesigen Filiale der Weinhandlung von Straß u. Co. in Glogau. Mit ca. 100 000 M. eigenem Vermögen hatte er das Geschäft übernommen, das auch anfangs florerte. Später ließ es nach und 1910 kam es zum Konkurs. In der Verhandlung wurde vom Sachverständigen festgestellt, daß die Bücher nicht gerade umgeworfen und regelmäßig geführt worden sind. Vor da an sind die Ausgaben unvollständig und die Bilanzen fehlen ganz. Es war deshalb auch keine Übericht über das Geschäft möglich. Festgestellt wurde, daß R. im letzten Jahre monatlich bis 12 000 M. Aufwendungen gemacht hatte. R. will diese Auswendungen im Interesse des Geschäfts gemacht haben, um es wieder in die Höhe zu bringen. Er wird wegen einfachen Bankrobs zu 100 M. Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Streitjustiz. „Psui, du Streitbrecher! Wenn wir dich erwischen, schlagen wir dich tot!“ Das sollte der Widergesetz am 16. Juni, als ein Streitbrechertransport aus Chemnitz auf dem Hauptbahnhof anlief, dem Arbeitswilligen Schonheit, z. B. in Hörselwitz, zugesehen haben. Deshalb war gegen R. Anklage aus Grund der § 153 M.-G.-O. und § 185 Etz.-G.-B. erhoben worden. Der Angeklagte betritt entschieden eine derartige Neuerung. Es mögen gegen 20 Personen dagewesen sein, darunter eine Reihe Bäckermänner. Diese hätten den größten tumult verursacht. Es habe zu einem andern, der auch mit der Waffe angestanden sei und den er von Berlin aus gelernt habe, nur gesagt: „Schäm dich, du willst den Streitbrecher machen.“ Der junge Bäckermann Werner, Kaiserstraße der, weil außerordentlich schwierig, ganzhorn an die Lampe des Richters treten muß, und an welchem in außerordentlich lautem Tone die Fragen gerichtet werden müssen, behauptet, daß die Worte, wie sie die Anklage angibt, gefallen seien. (.) Daß er sich irren könne, sei ausgeschlossen, denn er habe sich gerade umgedreht als R. die Worte gerufen habe. Die Frage, ob der Junge schon damals so schwerhörig gewesen sei, wurde nicht an ihn gerichtet. Der Arbeitswillige Schonheit war sehr unsicher in seinen Aussagen, insbesondere batte er nichts von den letzten Worten gehört. Der weitere Junge Bäckermann Starke halte nur die Worte Streitbrecher gehört, trotzdem er unmittelbar vorher Werner, gegangen. Das Gericht erkannte auf 22 Wochen Gefängnis. Es wurde als erwiesen angeschaut, daß R. Streitbrecher gerufen habe. Bei der Strafausmessung wäre die Jugendlichkeit des Angeklagten zu berücksichtigen gewesen, auf der anderen Seite mühte Lenkerlichkeit werden, daß der Terroristus der Streitenden immer schlimmer werde und beim nur mit den schwersten Strafen entgegentreten werden könne.“

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zum Kampf in der Metallindustrie.

Die Streikenden in Leipzig haben am Sonntagmorgen gemeldet, die Rechte der Unternehmer als ungerecht angesehen und dadurch die Fortsetzung des Streiks bestimmt. Da es nicht zu einer Verständigung kam, liegt an den hiesigen aufrichtigen Verhalten der Unternehmer, die in früheren Verhandlungen Augeständnisse machten, sie dann aber in späteren Verhandlungen wiederholten. Ebenso versuchten sie den Schein zu machen, als bestanden die Differenzen in prinzipsiellen Differenzen. Genau so, wie sie vor dem Zusammenschluß der Gewerkschaften diese ablehnten, weil angeblich die Gewerkschaften die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen nicht mehr genug gewusst haben, um die materiellen Verhandlungen zu erledigen. Sie haben sich in Leipzig nicht einmal verhandelt, sondern hier in Berlin, wo der Unternehmer ist, daß an dem Verhandlungstage, nach dem Verhandlungsauftrag abgelaufen und der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftsverbandes in Leipzig war, etwas weitergehende und praktische Maßnahmen machen, diese aber nach Bildung des genannten Gewerkschaftsverbandes abgeschlossen oder ganz aufgezogen.

Die wesentlichsten Differenzen sind jetzt:

Arbeitszeit. Die Arbeiter verlangen 64 Stundenarbeitszeit, die Unternehmer bieten 60 stündige Arbeitsschicht, trotzdem dafür alle darüber hinausgehenden Vergütungen, trotzdem 6 Wochen, 5 Minuten Aufzäckommen, abzuschaffen. Die hiesige Industrie umspätzt 67 Stunden in den meisten Betrieben in 2 Betriebe eine solche darüber hinaus.

Böhnsfrage. Die Arbeiter verlangen Lohnausgleich.

Verkürzung der Arbeitszeit und außerdem Lohnverdopplung von 1 pro Stunde. Die Unternehmer gewähren für die Arbeitszeit ab 12 Abstüttungen der bisherigen Löhne bis 40, 45, 50, 54 und 56 Pfennige, 5, 4, 3, 2 und 1 Pf.; für die übrigen Unternehmen 5 Pfennige.

Metallarbeiterfabrik, für Dreher, Schlosser usw. durchschnittlich 1 pro Stunde. Von diesen Augeständnissen stehen einige groß und es aber nicht, denn die Unternehmer zeigen selbst, daß jeder 50 Pf. in den Gewerken nicht zur Selbstentlastung gelangt. Die Zahl von 3-5 Pf. an die Gewerkearbeit sind daher nur Scheinlösungen zur Täuschung der öffentlichen Meinung. Ein Gewerke erhält 64 Pf. Stundenlohn erhält 2 Pf., ein Dreher mit gleichem Lohn 1 Pf. Zulage. Beträgt bei beiden die Verkürzung der Arbeitszeit nur zwei Stunden, so steht sich für jeden der beiden Arbeitnehmern Lohnausgleich auf pro Woche 108 Pf. Als Lohnausgleich und Zulage erhält der Gewerkearbeiter 112 Pf., der Dreher 58 Pf. und so nennen die Unternehmer und die bildetliche Presse Ereignisse der Arbeitgeber.

Bei einer eintretenden Arbeit sollen nach Vorlage 20 Minuten für die Arbeitszeit und außerdem Lohnverdopplung von 1 pro Stunde. Die Unternehmer gewähren für die Arbeitszeit ab 12 Abstüttungen der bisherigen Löhne bis 40, 45, 50, 54 und 56 Pfennige, 5, 4, 3, 2 und 1 Pf.; für die übrigen Unternehmen 5 Pfennige.

Bei Alfordarbeit verlangen die Arbeiter Sicherung von 100% willkürlichen Abnahmen, Garantie des Lohnes bei neuen Arbeiten und Gültigkeit von Neuakkumulationen nur bei Wiederholung der Arbeitszeit entsprechend erhalten. Die Unternehmer bieten jetzt Lohnabstüttungen auf die zweitwöchige Dauer nach Zeitung, nachdem sie am 23. August bereits zugestanden hatten provisorische Lohnberechnungen auf 14 Tagen und endgültige nach einem Wirtschaftsjahr, in der Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Wirtschaftsjahrs. Ihnen steht beginnen sie damit, daß sie Mindestlohn nicht betrachten können.

Bei Alfordarbeit verlangen die Arbeiter Sicherung von 100% willkürlichen Abnahmen, Garantie des Lohnes bei neuen Arbeiten und Gültigkeit von Neuakkumulationen nur bei Wiederholung der Arbeitszeit entsprechend erhalten. Die Unternehmer bieten jetzt Lohnabstüttungen auf die zweitwöchige Dauer nach Zeitung, nachdem sie am 23. August bereits zugestanden hatten provvisorische Lohnberechnungen auf 14 Tagen und endgültige nach einem Wirtschaftsjahr, in der Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Wirtschaftsjahrs. Ihnen steht beginnen sie damit, daß sie Mindestlohn nicht betrachten können.

Die Situation in der Thüringer Metallindustrie steht jetzt so, daß beide Verhandlungen werden von seiner Seite angezeigt. Die Unternehmer glauben, daß die Arbeiter in der Mehrzahl nicht ihre getesteten Forderungen stehen und wollen deshalb strikte Verhandlungen mit Arbeiterkommissionen, die zum Teil von den Gewerken gewählt, zum Teil von den Unternehmern, allerdings mit beschränkter Stimme, ernannt sind. Diese Kommissionen sollen mit einer von 20 Unternehmern aus ihren Reihen gebildeten Kommission abstimmen.

Die Arbeiter haben am Freitag durch ihre Kommissionen schriftlich die Erinnerungen gegen diese Augeständnisse mitgeteilt und legt die Weiterentwicklung der Dinge bei den Unternehmen.

Die Situation in der Thüringer Metallindustrie steht jetzt so, daß beide Verhandlungen werden von seiner Seite angezeigt. Die Unternehmer glauben, daß die Arbeiter in der Mehrzahl nicht ihre getesteten Forderungen stehen und wollen deshalb strikte Verhandlungen mit Arbeiterkommissionen, die zum Teil von den Gewerken gewählt, zum Teil von den Unternehmern, allerdings mit beschränkter Stimme, ernannt sind. Diese Kommissionen sollen mit einer von 20 Unternehmern aus ihren Reihen gebildeten Kommission abstimmen.

Die Arbeiter sind auch zu strikten Verhandlungen nach vorbereitet, lehnen aber die Erinnerung von Arbeitseinsichten nach den getesteten Forderungen stehen und wollen deshalb strikte Verhandlungen mit Arbeiterkommissionen, die zum Teil von den Gewerken gewählt, zum Teil von den Unternehmern, allerdings mit beschränkter Stimme, ernannt sind. Diese Kommissionen sollen mit einer von 20 Unternehmern aus ihren Reihen gebildeten Kommission abstimmen.

Die Arbeiter sind auch zu strikten Verhandlungen nach vorbereitet, lehnen aber die Erinnerung von Arbeitseinsichten nach den getesteten Forderungen stehen und wollen deshalb strikte Verhandlungen mit Arbeiterkommissionen, die zum Teil von den Gewerken gewählt, zum Teil von den Unternehmern, allerdings mit beschränkter Stimme, ernannt sind. Diese Kommissionen sollen mit einer von 20 Unternehmern aus ihren Reihen gebildeten Kommission abstimmen.

Die Arbeiter sind auch zu strikten Verhandlungen nach vorbereitet, lehnen aber die Erinnerung von Arbeitseinsichten nach den getesteten Forderungen stehen und wollen deshalb strikte Verhandlungen mit Arbeiterkommissionen, die zum Teil von den Gewerken gewählt, zum Teil von den Unternehmern, allerdings mit beschränkter Stimme, ernannt sind. Diese Kommissionen sollen mit einer von 20 Unternehmern aus ihren Reihen gebildeten Kommission abstimmen.

Die Arbeiter sind auch zu strikten Verhandlungen nach vorbereitet, lehnen aber die Erinnerung von Arbeitseinsichten nach den getesteten Forderungen stehen und wollen deshalb strikte Verhandlungen mit Arbeiterkommissionen, die zum Teil von den Gewerken gewählt, zum Teil von den Unternehmern, allerdings mit beschränkter Stimme, ernannt sind. Diese Kommissionen sollen mit einer von 20 Unternehmern aus ihren Reihen gebildeten Kommission abstimmen.

Die Arbeiter sind auch zu strikten Verhandlungen nach vorbereitet, lehnen aber die Erinnerung von Arbeitseinsichten nach den getesteten Forderungen stehen und wollen deshalb strikte Verhandlungen mit Arbeiterkommissionen, die zum Teil von den Gewerken gewählt, zum Teil von den Unternehmern, allerdings mit beschränkter Stimme, ernannt sind. Diese Kommissionen sollen mit einer von 20 Unternehmern aus ihren Reihen gebildeten Kommission abstimmen.

Die Arbeiter sind auch zu strikten Verhandlungen nach vorbereitet, lehnen aber die Erinnerung von Arbeitseinsichten nach den getesteten Forderungen stehen und wollen deshalb strikte Verhandlungen mit Arbeiterkommissionen, die zum Teil von den Gewerken gewählt, zum Teil von den Unternehmern, allerdings mit beschränkter Stimme, ernannt sind. Diese Kommissionen sollen mit einer von 20 Unternehmern aus ihren Reihen gebildeten Kommission abstimmen.

Die Arbeiter sind auch zu strikten Verhandlungen nach vorbereitet, lehnen aber die Erinnerung von Arbeitseinsichten nach den getesteten Forder

Reihen war die Hochschulbestreiter am meisten bei den Deutschen präsent. Zugrunde lag der Wille, die Hochschule für Politik zu erhalten und zwar soll die Hochschule für Politik nicht nur eine Universität sein, sondern auch ein Zentrum der politischen Bildung und einer politischen Hochschule. Dr. Ritter ist bestimmt, dass die Hochschule für Politik eine Universität werden soll.

Die Herrschaften wurde ein Denkmal des Kultur
historischen Werte aufgestellt.

Seitens **Rübenmark.** Wie schmückt die Rübe nicht in der Schule, daß das Rübenmark die Rübenprägung des Gehirns ist. Bild unsre innere Welt, die Gedanken prägt, wurde, seines Pe. „Rübe“ habe. Jetzt wird sein ganzer Gedank ausbrechen.

Ein Brief aus der Sommerfrische. „Zu mir den einzigen Gefallen und möchte nicht in den Schuhladen und in den Schuhgeschäft gehen.“

Dresdner Kalender

Werner. Reisetexte vom 12. September. Opernhaus (Wahl): Der Trockenbaum, Oper in vier Akten. (Wahl von Jelena Böck, Weing 7½ Uhr — Schauspielhaus (Wahl): Das Peter, Drama in vier Bildern von Otto Erlik, Weing 7½ Uhr. — Reichensteiner: Schäfle Wirthshof, Weing 8 Uhr.

Meine Wissensungen für das am 23. und 24. September in Gifhorn stattfindende Fest der Neuen Hochschule liegt hier vor. Ich habe unter keinem gebrochenen Namen Jochen Schellack ausdrücklich meine Vorleser, wie Johann Gottlieb Fichte, Carl Philipp Eichstädt, Gottlieb Ueberreuter, Jakob Henrich Reimann (1803-1811), Johann Hermann Scheffler (1805-1830), Georg Peter Küller (1804-1812) und Auguste Gottlieb (1808-1713). Die Wirkung der drei Begegnungen ist den Söhnen von Prof. Dr. Hermann Pfeiffer und Prof. Dr. Hermann Klemm, ihrem Vater gewidmet.

Weges Schauspieler, Witten und Wagnleitner zu wissen.
Im Berliner Hof-Theater wurde ein überaus fröhliches
Festjubiläum Ende von Jakobus Herrenknecht ganz eindrücklich
aufgeführt. Die Arie ist unheimlich interessant geworden, um welche Ein-
bautenungen zu streiten, ob sie wohl geblieben waren in Erzählung. Von
dem Klepper-Polka blieb nur ein verlierter, gescheiterter
Durchbruch, der über eine neue Seite die alte verließ, denn die Strophe
der Komödie in Beitragsform war durch sie in den Tag tratte,
den von der Tropfenmelodie bei Berichten die heitere von Detmold,
fiktiven Personen, bringt. Diese Werke überzeugen mit einem Herz
Herrenknecht-Erfolge erzielt; die „rose Gold“ wird keine frohen Tage
im Empfehlungs-Titel so genannt, das Schauspielerin ein Stück, das
sich kaum sonst kennen. Eine Sprüche beharrte der Dirigent bei
Stoff und Ausgestaltung: gegen Geschäftlichkeit ist er eingetragen, und noch
häufiger hat er es verstanden, der Werbung jenseit Golden gewid-
tet zu legen.

Der Sitz wird gewählt: Wegen der großen Distanz wurde mit Einverständnis des ergänzunglichen Generalversammlung hier die Religions- und Bettelkasse zur Vereinigung aufgerichtet. In den Antritten mithin der Theologie und der Theologie der Geschichte die Verhandlung, daß in folgenden Jahren ein blaues Buch in östlichen Städten einzuhaltendes Blatt gebildet werden soll. Dresden, 1851.

Jugend-Bildungsverein von Dresden

Waldhausens Kreuzfahrtschiff. Die ehemalige Kreuzfahrt "Waldhausen" ist unter der Führung des Betreibers Michael Müller von einer sonnengeschützten Freizeitattraktion im Rheinland-Pfalz am Rhein und Mosel zu einem Kreuzfahrtschiff umgebaut worden.

Digitized by srujanika@gmail.com

objection

dem höchsten Glück im „Selbstvergessenheit bei Seelen“, dem Tod gelebten Menschen. — „Derg nach Tode umjagende Bande Sterblichkeit und höchster Sterblichkeit sind Schmerz, qualisch, wie mit tiefer Melancholie, trügerischen Glanzes teilt er die Sterblichkeit der abgeschiedenen Seele, wenn Schenken und Empfänger zusammenfallen, mit einem Schenken, ... nicht leben, das zu jedem Ende getötet. Welche Gott widerstehen, Wer kann bei jährem Tod ein gehn, auch Geduld und Mut, Qualen und Verletzung, auch Eltern und große Freunde sind dieses Leidenskind beiderseits.“ — Wie Leidern und Stößen, freilich zeigt von Wirk der Widerstand gleich bei Schaffung dieser Seele, oder, wenn sie selber menschlich wird erkennt.

— Alfredo González

ପ୍ରାଚୀ ମାର୍ଗ

20. 4. 19. 11. 19. 11.

Gibbed hielte den Ellenbogen auf den Tisch und sah, die Augen mit der Hand beschattend, ein paar Minuten lang vor sich hin.

„Die Rot. West. Matrel, war es nicht allein, die mich veranlaßte, doch noch bei Willemeister einzutreten. Glaubt mir, wenn ich nicht unzweck einer Wohlbring in mir gehabt hätte, wäre ich lieber verhungert oder hätte mich aufgehängt, als gegen meine Überzeugung Willemeisters reitenden und organisierten. Aber ich habe mich nie in eine Überzeugung derartig rechtsherzig verbissen, daß ich mich gegen die bessere Überzeugung getrieben hätte. Joshua Willemeister ist mir mal — so glaube jetzt heute vor fünf Jahren —. Wenn mich nur mit der Zeit geht, die Jesu geht nicht mit den Menschen, und anderen Worten, sie rätseln sich nicht nach den Menschen und wollen das Einzelne. Das Leben ist eine Relativzeitmaßzahl; wer gefragt ist, paßt sich dem Schreien und Weinen der Zeit an. Uns kann wird das wohl sonnen, aber es mag nicht, daß wir wie der Vogel Swann im Korb in den Sand reden und nicht schreiben werden. Wel-

„Tatst' und nur die Gemeierten; die Frei' des Handwerks getroben.“ Da der Regenmantel ist offen auf Umhang, Schärpe, gehen, auf kompositen Dimensionen und Stoffe gestellt. Und wußt' es weiter gehn? Nach Jahr' zehn oder zwanzig Jahren seien rot noch andere Häute als Weißgrau in Berlin haben, gleich doch heute so wie ein Märchen klingt. Ich den Kreislauftheorie, nicht einmal ein Anhänger, im Gegenteil, bedauerte diese Entwicklung der Bluse, ich finde vielmehr mit dem Wohlbelebenen ob, betrachte mir festzunageln durch Gussfutter die Sothe, mit der Zieledenkmöglichkeit im Kunde, ob mir als objektiver Verbeschauer gegeben, daß mein Unternehmen, das und alle verschlägt, auch seine guten Seiten nicht abspredchen sind. Ob hat ganze Schön' verschlungen, er es hat anderseits, wie man gerechtsame zugeben muß, und wiederum andere Fazetten ins Leben gerufen, und habe, daß das Schaden und Anger des Warenmarkts auf e wirtschaftliche Leben in dieser Zeit doch doch die Blöße verdeckt. Deutlich kommt auch wieder mal eine Zeit, wo man, Gott vor Gott „Kölle“, Trennung der Geschäftsbüchern ein Geheime wußt; allerdings nicht der Detialhandel, auch gezielter, andere Formen annehmen als der von heute und sovi.

"Siehe Berolina. Wenn nicht lieber Herr Mairet, hat auch noch nicht das Richtige. Schreichen wir und nicht den auf mit Dingen, deren Entwicklung und Eßlung allein bei uns geschlossen bleiben muss."

Die Unterhaltung finde einen Augenblick, denn das
erschöpfende Ich tritt Schiller eben herein, die als ver-
ehrter Gast auf der Bildfläche erscheint. Das allerliebste,
schöne Prinzenkind sieht wie aus dem Ei gepellt aus; in Brillen

